

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Wiederum ist, wie die dem Reichstage jüngst mitgetheilten
 Rechnungsergebnisse der Berufsgenossen-
 schaften für 1896 zeigen, die Zahl der Menschenopfer
 gestiegen, welche in Landwirtschaft und Industrie Jahr für
 Jahr seitens der Arbeiterschaft dargebracht werden müssen,
 während sie sich ihr oft so langes Stroh erwirbt.

Erschreckend hoch sind die Zahlen der Getödteten, Ver-
 krüppelten und vorübergehend Verletzten, und doch umfassen sie
 noch nicht die gesamte Summe des Elends, das die Ar-
 beiter erleiden, denn das Handwerk wie das Handels-
 gewerbe sind noch immer von der Unfallversicherung aus-
 geschlossen, trotz der so oft wiederholten Forderungen seitens
 dieser Arbeiterkategorien und unserer Reichstags-Fraktion.

Dabei sind, wie aus der Unfallstatistik und den Berichten
 der Gewerbe-Aufsichtsbeamten hervorgeht, die Unfälle fast in
 der Mehrzahl nicht verursacht durch mangelnde Schutzvorrich-
 tungen an Maschinen oder durch Dampfessel und Dampf-
 leitungen, sondern besonders in den gewerblichen Betrieben
 auch durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen
 von Gegenständen, wodurch im Jahre 1896 17,2 pCt.
 sämtlicher Verletzten verunglückt waren, ferner durch Fall
 von Leitern, Treppen, aus Lufen, in Vertiefungen, wodurch
 17 pCt. verunglückten, ferner durch Auf- und Ab-
 laden (Handarbeit), Heben, Tragen, wobei 12,2 pCt. der
 Verletzten, zusammen also 46,4 pCt., verunglückt waren.
 Außerdem sind aber verunglückt durch Handwerkszeug
 und einfache Geräte (Hämmer, Axt, Spaten) in den ge-
 werblichen Berufen 2666 Personen = 6,8 pCt., in der
 Landwirtschaft 3687 Personen = 8,6 pCt. sämtlicher Ver-
 letzten. All diese Unfallursachen sind aber auch im Hand-
 werk und zum großen Theil auch im Handelsgewerbe ent-
 halten; trotzdem sind die Unfallversicherungs-Gesetze noch immer
 nicht auf die in jenen Berufen beschäftigten Arbeiter aus-
 gedehnt!

In den der Versicherungspflicht unterworfenen Berufen
 zeigt sich noch immer eine Zunahme der Unfälle und
 zwar in der Landwirtschaft noch mehr als in den gewerb-
 lichen Berufen. In den 10 Jahren von 1886—1895 betrug
 die Zahl derjenigen in gewerblichen Berufen Verletzten,
 für welche Entschädigungen festgestellt wurden 247 849 = 5,24
 von je 1000 Versicherten; 1896 dagegen wurden 38 538 gleich
 6,72 von je 1000 Versicherten verletzt, mithin um
 28 pCt. mehr als im zehnjährigen Durchschnitt! In der
 Landwirtschaft betrug die Zahl der Verletzten, für
 welche Entschädigungen festgestellt wurden, von 1888—1895,
 also in 8 Jahren, 160 029 = 1,92 von je 1000 Versicherten;
 im Jahre 1896 dagegen 42 934 = 3,84 von je 1000 Ver-
 sicherten, mithin um genau 100 pCt. mehr als im acht-
 jährigen Durchschnitt!

Diese Ziffern allein schon beweisen, daß theils die zur
 Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften ganz
 und gar nicht genügen, theils ihre Durchführung nicht
 genügend überwacht wird. Gegen diese von uns erhobenen
 Vorwürfe wird aber von den Unternehmern geltend ge-
 macht, die Zahl der Verletzten sei nur deshalb so
 gestiegen, weil jetzt immer eifriger von den Arbeitern
 darauf gehalten werde, daß auch der kleinste Unfall
 zur Anmeldung gelange, was früher nicht geschehen sei.
 Nun bestreiten wir nicht, daß dank der unermüdblichen Auf-
 klärungsarbeit, welche von den politischen wie gewerkschaftlichen
 Arbeiterorganisationen verrichtet wird, die Arbeiter immer
 mehr gelernt haben, von dem ihnen zustehenden Rechte Ge-
 brauch zu machen. Aber daß nur die Unfallanzeigen,
 nicht die Unfälle zugenommen hätten, wird man doch nicht
 auch von den Staats-, Provinzial- und Kommunal-
 Ausführungsbehörden behaupten wollen, bei denen man
 doch nicht die egoistische Rücksichtslosigkeit privater Unternehmer
 voraussetzen sollte! Bei diesen Versicherungsanstalten betrug
 die Zahl der Verletzten auf je 1000 Versicherte 1892: 4,6,
 1893: 4,77, 1894: 5,15, 1895: 4,86, 1896: 5,58. Also auch
 hier eine fast ununterbrochene Steigerung, die in 5 Jahren
 21 Prozent beträgt!

Ferner ist nicht nur die Zahl der leichten Unfälle ge-
 stiegen, sondern auch die Zahl der schweren, einschließlich
 der Tödtungen. Es ist aber doch ausgeschlossen, daß solche
 schweren dauernden Verkrüppelungen und Tödtungen nicht von
 jeher stets zur Anzeige gekommen wären! Die Verunglückten
 und deren Hinterbliebenen; bleiben in so trauriger
 Roth zurück, daß sie, falls ihnen die Unfallrente nicht
 gewährt würde, der Armenkasse zur Last gefallen wären
 — und diese hätte dann sicherlich gesucht, diese Last schleunigst
 auf die Unfallkasse abzuschieben. Die schweren Verletzungen
 und Tödtungen werden also seit Bestehen der Unfallversicherung
 zur Anzeige gebracht sein — und doch sind sie gewachsen.
 In den gewerblichen Berufsgenossenschaften waren
 von 1886—1895 angemeldet als getödtet 32 887 Per-
 sonen = 0,70 von je 1000 Versicherten; 1896: 4040 Per-
 sonen = 0,71 von je 1000 Versicherten; dauernd völlig
 und theilweise erwerbsunfähig wurden von 1886 bis
 1895: 162 230 Personen = 3,43, 1896: 20 846 = 3,66 von
 je 1000 Versicherten! Noch schlimmer vollzogen sich diese
 Menschenopfer in der Landwirtschaft. Dort wurden
 in achtjährigen Durchschnitt 0,17 von je 1000 Ver-
 sicherten getödtet, dauernd völlig erwerbsunfähig 0,05,
 theilweise 0,96; dieselben Ziffern für 1896 sind:

0,21 Getödtete, 0,06 dauernd völlig und 1,99
 dauernd theilweise Erwerbsunfähige auf je 1000 Ver-
 sicherte!

Diese Steigerung der Unfälle ist ein Beweis für die Rück-
 sichtslosigkeit der sozialreformatorischen Bestrebungen im Deutschen
 Reich. Würden dieselben auch nur einigermaßen den Ver-
 sprechungen in Thronreden und Erlassen und den Lob-
 preisungen seitens der Kapitalisten entsprechen, so müßte
 die Ziffer der Unfälle zurückgegangen, nicht gestiegen sein. Aber
 da die deutsche Sozialreform schon nach ganz geringem Anlauf
 Halt machte, so kommt es, daß überhaupt nur eins der
 Mittel zur Verhütung der Unfälle und auch dieses noch nicht
 genügend in der Gesetzgebung berücksichtigt wurde, nämlich die
 Forderung von Schutzvorrichtungen an den
 Maschinen. Auch auf diesem Gebiete sieht es
 ja noch traurig aus, eine Folge der unvoll-
 kommenen Revision der Werkstätten mangels genügender
 Gewerbe-Aufsichtsbeamter — und zwar qualitativ wie quanti-
 tativ genügender. Wie wir aber schon zu Anfang dieser Be-
 sprechung zeigten, wird fast die Hälfte der Unfälle gar nicht
 durch mangelnde Schutzvorrichtungen an Maschinen ver-
 ursacht, sondern tritt bei Arbeiten auf, die ohne Maschinen
 verrichtet werden. Und gerade bei diesen steigt die Zahl der
 Unfälle! Eine große Zahl von Gewerbe-Aufsichts-
 beamten hat im Bericht für 1896 ganz zutreffend die
 Ursachen dieser Steigerung erklärt, indem sie
 darauf hinweisen, daß die im ganzen lebhaftere
 Geschäftstätigkeit im Betriebsjahre noch inten-
 siver war, die Anspannung der Arbeitskräfte
 eine größere, und häufig mit noch mehr Eile
 und Ueberhaftung gearbeitet wurde, um die Aufträge
 rechtzeitig zu erledigen, daß endlich bei der starken Nachfrage
 nach Arbeitern die Einstellung ungeübter Ar-
 beiter häufiger notwendig wurde und daß allgemein ein
 öfterer Wechsel der Arbeiter eintrat, wobei
 minderwerthige, ungeübte und unerfahrene
 Arbeiter in größerer Zahl zur Einstellung gelangten.
 Ferner vermehrt die Verlängerung der Arbeits-
 zeit, die Einlegung von Ueberstunden die
 Zahl der Unfälle, weil die gegen das Ende einer langen
 Arbeitszeit unermüdblich eintretende Abspannung und Ermüdung
 ebenfalls ihren Einfluß ausübt.

Und in den bayerischen Berichten heißt es, daß
 „das größere Maß von Erholung, das durch
 rationellere Regelung der Arbeitszeit und
 besonders durch die Sonntagsruhe den Arbeitern zu
 theil wird, auf die Unfallverhütung von förderlichem
 Einfluß war“.

Das sind die Punkte, an denen durch Ausbau der Sozial-
 reform Leben und Gesundheit der Arbeiter gesichert werden
 könnte! Geheime Verkürzung der Arbeitszeit,
 Verlängerung der Ruhepausen, strikte Durchführung der Sonntags-
 ruhe — das sind die Mittel, die von uns stets gefordert
 und von den Handlangern der Kapitalisten stets verweigert
 wurden. Wie die körperliche und geistige Abspannung infolge
 langer Arbeitszeit die Unfallgefahr steigert, zeigen auch die Er-
 hebungen, die von einigen Aufsichtsbeamten über die Ver-
 theilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage
 angestellt wurden. Der Sonnabend, obwohl er
 nicht einmal ein voller Arbeitstag ist, fordert die meisten
 Opfer, dann der Freitag. Frühere Erhebungen über die
 Vertheilung der Unfälle auf die Tagesstunden
 zeigten, daß bei Beginn der Arbeit der nicht genügend aus-
 geruhte und gegen Ende der Arbeit der übermüdete Arbeiter
 am meisten von Unfällen heimgesucht wird.

Gewaltige Menschenmassen sind es, die Jahr für Jahr
 der Rücksichtslosigkeit des kapitalistischen Ver-
 triebes zum Opfer fallen. Die gewerblichen und land-
 wirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die staatlichen, Pro-
 vincial- und Kommunal-Ausführungsbehörden haben für 1896
 nicht weniger als 351 789 Verletzte verzeichnet, von denen
 86 408 Entschädigung erhielten. Die übrigen 265 386 Ar-
 beiter fielen ausschließlich den Krankenkassen zur Last,
 zu deren Kosten die Arbeiter zwei Drittel beisteuern müssen.
 Getödtet wurden 7101 Personen, welche 4505 Wittwen
 und 9194 Kinder hinterließen! Dauernd völlig erwerbs-
 unfähig wurden 1547, theilweise 44 982 Personen!
 Unter den 86 408 Verletzten befanden sich 12 605 weib-
 liche Personen!

Diese Opfer an Menschenleben und Menschenglück sind,
 wie es scheint, noch nicht groß genug, um die Regierung und
 das Unternehmertum zur Erweiterung des Arbeiterschutzes zu
 veranlassen. In der Aera Stumm-Posadowsky bleibt für die
 Arbeiter jenes Verzweiflungswort bestehen, das Dante an die
 Pforten der Hölle setzte: Laßt alle Hoffnung hinter Euch, die
 ihr hier eintretet!

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Januar.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der Debatte über
 den Etat des Reichsausschusses des Innern erhielt heute zunächst
 Herr von Kardorff das Wort, um seiner Ver-
 wunderung Ausdruck zu geben, daß man über den „doch ganz
 selbstverständlichen“ Erlaß des Grafen von Posadowsky
 so viel Aufhebens mache und dann die alte Klage
 über die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu wiederholen.
 Diese Aufhebung habe die Sozialdemokratie groß gemacht.

Daß ein Vergleich der Wählerzahlen von 1877 und 1887
 diese Behauptung direkt Lügen straft, genirt den edlen
 Kardorff natürlich nicht im geringsten.

Dr. Lieber reagierte hierauf auf die Anzuspung unseres
 Genossen Singer von gestern, wie das Zentrum sich denn
 zu den Plänen des Grafen Posadowsky stelle? In langen
 Perioden und mit zahllosen überflüssigen Wendungen kam
 endlich die Erklärung zum Vorschein, daß das Zentrum 1891
 gegen die Verträge, den § 153 der Gewerbe-Ordnung zu ver-
 schärfen, gestimmt habe und daß bisher kein Anlaß vorliege,
 neuen derartigen gesetzgeberischen Versuchen gegenüber das
 Zentrum eine andere Haltung einnehmen soll wie da-
 mals. Der Führer des Zentrums behauptete dann, daß
 im Süden und Westen die Gewerkschaftler die christlichen
 Arbeiterorganisationen als ihre Todfeinde betrachteten. Be-
 weise für diese Behauptung anzuführen, ersparte sich aber Herr
 Lieber.

Für die Nationalliberalen erklärte dann Herr Osann
 die Bereitwilligkeit, dem Mißbrauch des Koalitionsrechts durch
 die Streik-Terroristen mit gesetzlichen Maßnahmen entgegen zu
 treten. Etwas anderes kann man von dieser Unternehmern-
 partei auch nicht erwarten.

Sehr sachlich und sehr verständig sprach Pachnik für
 das Koalitionsrecht und gegen die Verträge, daßselbe noch mehr
 als es bereits der Fall ist, zu beschränken. Graf Stolberg
 wunderte sich, daß man über den Erlaß so viel Zeit verträgle,
 er selbst aber sprach fast von nichts anderem, nur daß er sich ganz
 mit dessen Tendenz sich einverstanden erklärte. Schneider (fr. Vg.)
 gab für seine Partei die selbstverständliche Erklärung ab, daß sie
 für die Pläne des Grafen Posadowsky nicht zu haben sei, er
 kritisierte dann eine Reihe von Mängeln in der Fabrikinspektion.
 In späterer Stunde, es war mittlerweile 5 Uhr geworden,
 erhielt unser Genosse Legien noch das Wort, um in
 einer trefflichen Rede auf die Angriffe der Herren
 von Stumm und des Grafen von Posadowsky zu an-
 worten und zugleich den Spieß umzudrehen und an
 einer Reihe unabweisbarer Thatfachen den wirklich geübten
 Unternehmer-Terrorismus an den verdienten Pranger zu
 stellen.

Morgen ist Schwerinstag. Die Debatte über die lex
 Geinze wird fortgesetzt und stehen außerdem die agrarischen
 Anträge auf Besteuerung des Saccharin auf der Tagesordnung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kamen bei der heute fort-
 gesetzten Staatsberatung nur zwei Redner aus dem Hause, die Abgg.
 v. Synern (nat.) und Motz (Pole) und der Vizepräsident des
 Staatsministeriums Dr. v. Riquel zu Wort. Herr v. Synern,
 einer der reichsten Fabrikbesitzer des Landes, trat im ersten Theile
 seiner Rede, wie schon wiederholt, dafür ein, daß die Ueberwälte
 des Staats zu Steuererlassen — natürlich hauptsächlich an
 die bestehenden Klassen — benutzt werden sollten, und beklagte
 sich aufs heftigste über den Deklarationszwang, der dem Wohl-
 habenden einen solchen Steuererlass auflege, daß er
 nicht mehr ein noch aus wisse, und der ein förmliches
 Spionagesystem über das ganze Land ausbreite. Einem
 Widerwillen gegen den Deklarationszwang hat Herr v. Synern
 schon bei andern Gelegenheiten des öfteren Ausdruck gegeben,
 der Finanzminister hat aber niemals einen Zweifel darüber gelassen,
 daß er von diesem System, das dem Staate gleich im ersten Jahre
 40 Millionen mehr eingebracht hat, auf keinen Fall abgeben würde.
 Im übrigen verlangte Abg. v. Synern eine Trennung des Eisen-
 bahnaministeriums vom Finanzministerium, wovon er sich eine Ge-
 lung der Verhältnisse in der Eisenbahnverwaltung verspricht.
 Der Schluss seiner Rede stand offenbar unter dem Zeichen der heran-
 nahenden Wahl; er versuchte sich den Agrariern, denen er früher oft
 sehr schroff gegenübergetreten war, zu nähern, indem er auf die
 Solidarität der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft hin-
 wies und in Aussicht stellte, daß diese Interessen auch bei den künftigen
 Handelsverträgen gemeinsam zur Geltung gebracht werden würden.
 Die Antwort Riquels war sehr groß angelegt, enthält aber,
 wenn man die Phrasen forscht, recht wenig Positives. Ihr
 wesentlicher Inhalt besteht darin, daß an eine Steuerreform nicht
 zu denken ist, daß eine ernsthafte Beseitigung der Mißstände im
 Eisenbahnwesen nicht beabsichtigt wird, daß er selbst ein ganz vor-
 züglicher Finanzminister sei, und daß ein Grund zu wesentlichen
 Änderungen auf irgend einem Gebiete nicht vorliege. Bezüglich
 des Kommunal-Wahlgesetzes erklärte er, daß die Re-
 gierung wohl in der Lage sei, auf Grund des bisher gesammelten
 Materials Abänderungsvorschläge beizubringen, daß sie aber die
 letzte Session der Legislaturperiode nicht für geeignet dazu halte.
 Dagegen würde sie für eine Aenderung des staatlichen
 Wahlgesetzes erst bei den nächsten Wahlen Material sammeln;
 die wenigen Neuwahlen, die im Laufe der Legislaturperiode statt-
 gefunden hätten, hätten die Verschlebung infolge der Steuerreform
 noch nicht deutlich erkennen lassen; das könne er aber heute schon
 sagen, daß die Verschlebung keineswegs so groß seien, wie
 es vielfach behauptet wird. Daß die Regierung eine Aende-
 rung des Wahlgesetzes bis nach den nächsten Wahlen hinauschiebt,
 ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die ihr gestiftete Wehrzeit
 durch ein den Verhältnissen mehr entsprechendes, wenn auch noch
 genügend ungerechtes Wahlsystem, sich nicht unerheblich verringern
 würde. Mit einem Appell an den Beamtenstand, der durch die
 Verbeugung gewisser Fachblätter zu einer gefährlichen Klasse gemacht
 würde, schloß der Minister seine Ausführungen. Von einer Auf-
 besserung der Lage der Unterbeamten als bestes Gegen-
 mittel gegen die „Verhöhnung“ will er jedoch nichts wissen.
 Die übrigen Minister wollen „im Interesse der Debatte“,
 wie sie durch Herrn v. Riquel verkündet ließen, ihre Er-
 widerungen bis zur zweiten Staatsberatung aufschieben. Gebrauch
 der Herren Thiel, v. d. Nede und Vosse wirkte so viel Zeit zur
 Vorbereitung oder müßte sie sich erst von anderer Stelle her aus-
 kauft holen?

Nachdem Abg. Motz die Klagen der Polen zur Sprache ge-
 bracht hatte, wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt. Vor Beginn
 der Verhandlungen hatte der Präsident dem Abg. Bichow, der seit

26 Jahren den Vorsitz in der Rechnungs-Kommission führt, für seine Thätigkeit den Dank des Hauses ausgesprochen.

Zum vertraulichen Erlaß des Grafen Posadowsky wird der Reichstag nicht bloß in den eingehenden Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern, die bisher bloß diesen Gegenstand behandeln, Stellung zu nehmen haben, sondern auch in einer Abstimmung über eine von dem Abg. Bachnicke (freis. Bg.) gestellte Resolution zum Statut: Gehalt des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern. Dieselbe lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen befreit, insbesondere

- a) den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen betreffen, oder darauf gerichtet sind, Änderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen;
- b) den im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten;
- c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verleiht, wenn sie den §§ 55 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.

Der Antrag wird unterstützt durch die Abgeordneten: Auer (Soz.), Dr. Barth, Benoist, Fischer (Soz.), Frese, Gaulke, Gerisch (Soz.), Geyer (Soz.), Dr. Goerh, Langerfeldt, Lorenzen, Klittich, Maager, Meißner (Soz.), Wolfenbuhr (Soz.), Reichhaus (Soz.), Rickert, Schmidt (Berlin V, Soz.), Schröder, Thomßen.

Offenlich wird die Zusammensetzung des Hauses eine namentliche Abstimmung ermöglichen, damit die Unternehmer und Arbeiterseinde jedermann im Lande bekannt werden.

Konservative und Antisemiten. Das offizielle Organ der sächsischen Konservativen, das „Vaterland“, kämpft seit Jahren aufs leidenschaftlichste gegen die antisemitische Reformpartei, der sie den Vorwurf macht, Vorarbeit für die Sozialdemokratie zu leisten. Dieser Kampf, der sich früher hauptsächlich in Sachen abspielte, umfaßt weitere Gebiete, seit die antisemitische Agitation auch in preussisch-konservative Wahlkreise eindrang und besonders seitdem es den Antisemiten um Zimmermann gelang, den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, der früher den Konservativen sehr nahe stand und von ihnen großgezogen worden ist, auf ihre Seite zu bringen. Nun schreibt das sächsische „Vaterland“ auch das Tischtuch zwischen seiner Partei und dem ehemaligen Bismarckfreund Liebermann zerteilt. Es schreibt:

Der Reichstags-Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hat vor einigen Wochen in einer Versammlung zu Leipzig eine Rede über die Stellungnahme der deutsch-sozialen Reformpartei bei den nächsten Reichstagswahlen gehalten, für die wir ihm nur dankbar sein können; denn sie entfernt jeden Zweifel darüber, was wir Konservativen und die übrigen Ordnungsparteien von dieser Seite zu erwarten haben und rechtfertigt in weitgehendstem Maße die ablehnende Haltung, die unsere sächsische Parteileitung den „reinen“ Antisemiten gegenüber seit längerer Zeit eingenommen hat. Zugleich aber sind die Ausführungen des Herrn Liebermann v. Sonnenberg geeignet, eine Aenderung in der Beurteilung des Mannes bei denjenigen herbeizuführen, die ihn bisher als einen maßvollen und gerecht denkenden Politiker ansahen, weil er in früheren Zeiten als Führer der deutsch-sozialen mit den Konservativen des sicheren Hand in Hand ging und der tolen Verheerung seiner jetzigen Geschäftsgenossen entgegentrat. Für Eingeweihte ist es allerdings kein Geheimnis, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg gewissermaßen ein Leibegener seiner früheren Gegner geworden ist. Seitdem hat Herr Liebermann v. Sonnenberg jede Gelegenheit ergriffen, in Wort und Schrift gegen die Konservativen zu Felde zu ziehen; er wurde so tatsächlich ein Partner und Bundesgenosse des verjudeten Freisinn und der Sozialdemokratie, wenn er auch mit Rücksicht auf die Wählerschaft zeitweise seine Abwendung zur Demokratie bestritt und die Zwitterart zwischen Reformern und Konservativen anstandslos bestritt.

Das konservative Blatt rechnet alsdann aus, wie durch die antisemitische Agitation die Sozialdemokratie im östlichen Sachsen gefördert worden sei. Die Antisemiten werden hierauf allerdings sehr bequem antworten können, daß, wenn sie nicht aufgetreten wären, vielleicht noch weit mehr Wahlkreise an die Sozialdemokratie verloren gegangen wären, da die konservative Politik der Bevölkerung gar zu verhaßt geworden war. Die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie so oder so vordringt. Mag die Reaktion in offener Brutalität auftreten wie die konservative Partei, oder mag sie sich in den Mantel scheinheiliger Volksfreundlichkeit hüllen wie die sich „sozial“ nennende Reformpartei — die Entwicklung zu gunsten der radikalen Opposition, welche der kapitalistischen Ausbeutung schonungslos zu Leibe geht, läßt sich in keiner Weise verhindern.

Interessant ist, daß die „Kons. Korresp.“ sich die Ausführungen des „Vaterland“ durchaus zu eigen macht. Auch die „Kreuz-Ztg.“ nimmt sie vorbehaltlos auf. Die Feindschaft zwischen den feindlichen Brüdern wird also bei dem Herannahen der Reichstagswahlen immer lustiger werden.

Der Streit um China. Gegen die geplanten Vereinbarungen zwischen England und China haben, wie mitgeteilt, Rußland und Frankreich in Peking protestiert. England scheint aber auf seinen Bedingungen bestehen zu wollen. Es wird aus London gemeldet, daß der Schatzkanzler Hicks Beach am Montag in der Handelskammer von Swans eine Rede hielt, in der er ausführlich, England wünsch, daß China nicht ein Objekt für Gebietswerb, sondern ein offenes Thor für den Handel der Welt sei. Die Regierung sei fest entschlossen, dafür zu sorgen, wenn nötig, sogar auf die Gefahr eines Krieges, daß dieses Thor nicht den Engländern verschlossen werde.

Das ist eine sehr kräftige Sprache, die der englische Schatzkanzler führte. Man wird davon in Petersburg und Paris wenig erbaut sein.

Das militärische Panama. Infolge der Vorgänge in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer darf die Stellung des Ministeriums als Rat beschüttert angesehen werden. Ueber den Verlauf der Sitzung wird, die gestern mitgetheilten Depeschen ergänzend, folgendes berichtet:

Paris, 17. Januar. Deputiertenkammer. Seinen bereits gemeldeten Ausführungen sagte Ministerpräsident Meline noch hinzu, die Politik der Beschäftigung habe nach Innen sowohl wie nach Außen sehr gute Erfolge erzielt. Die Regierung fordere von der Klugheit der Kammer, daß sie ein Ende mache mit der

übertriebenen Agitation. Meline schloß seine Ausführungen, indem er auf die Ehre der Armee und die Achtung vor dem Richterhande hinwies und das Vertrauen der Kammer forderte. (Beifall.) Cavaignac hielt es für unzulässig, daß der Kriegsminister schweige in dem Augenblicke, in welchem die Armee angegriffen werde. Lavertujon brachte den Antrag ein, die Beratung der Interpellation Cavaignac um einen Monat zu vertagen. (Lebhafte Erregung.) Die Vertagung um einen Monat wurde mit 277 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Perier de Sarzan beantragte, die Besprechung der Interpellation bis nach Erledigung der bereits vorgemerkten Tagesordnungen zu vertagen. Cavaignac bekämpfte die Vertagung und tabelte Meline, daß er nicht seine Ansicht ausspreche. Meline rief dagegen: Ich will sie nicht aussprechen. Cavaignac bestand auf sofortiger Besprechung. Meline schloß sich dem Antrage Perier de Sarzan an und wies darauf hin, wie unpolitisch es wäre, eine Agitation weiter zu unterhalten, welche schon zu lange gewährt habe. Meline fügte hinzu, sollte die Kammer sich für sofortige Beratung aussprechen, dann würde das Kabinet demissioniren. (Lebhafte Erregung.) Der Antrag Perier de Sarzan wurde hierauf, wie bereits gemeldet, mit 810 gegen 252 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde geschlossen.

Die Majorität der Regierung war also nur eine geringe. Eine weitere Pariser Meldung besagt, die Interpellation Cavaignac's über die Dreyfus-Angelegenheit dürfte bereits Sonnabend zur Erörterung gelangen, da die übrigen Interpellanten ihm den Vortritt zu überlassen beabsichtigen.

Die Erregung in der Bevölkerung dauert fort. Studenten und Antisemiten gehen durch die Straßen unter dem Ruf: Nieder mit Josa! Nieder mit den Juden! In einer Versammlung im Tiroler-Baugarten kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen antisemitisch-boulangistischen und anarchistischen Elementen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden außergewöhnliche Maßnahmen getroffen. Auch aus verschiedenen Städten der Provinz werden antisemitische Kundgebungen gemeldet. Auf den öffentlichen Plätzen werden Zeitungen verbrannt, welche für Dreyfus eintreten. In Nantes und Marseille wurden die Schaufenster mehrerer jüdischer Waarenhäuser mit Steinwürfen zertrümmert.

Deutsches Reich.

Bei den Reichstags-Debatten, die gestern und heute durch den Erlaß des Grafen Posadowsky veranlaßt waren, wurde beständig auf den § 153 der Gewerbe-Ordnung hingewiesen und auf die Fassung, die er nach einem Regierungsantrage (1891) hätte bekommen sollen. Es scheint daher angebracht, den Wortlaut jenes Entwurfes und den des jetzigen Paragraphen einander gegenüberzustellen.

Die Regierung hatte 1891 für den § 153 folgende Fassung vorgeschlagen:

Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Verletzungen oder durch Verweigerung der im § 152 bezeichneten Art zu bestimmen oder am Nichttritt von solchen Verabredungen zu hindern, 1. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern, 2. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein. Die gleichen Strafvorschriften finden auf jeden Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.

Der jetzige § 153 lautet:

Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Schreckverletzung oder durch Verweigerung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafrecht nicht eine härtere Strafe eintritt.

Graf Posadowsky's sozialpolitische Theorien gleichen, wie das „Hamburger Echo“ treffend bemerkt, dem Januskopf mit dem doppelten Gesicht. Wendet er sich den Unternehmern zu, so zeigt er die friedlichsten Züge, den Arbeitern gegenüber nimmt er den allerfeindlichsten Ausdruck an. Die Unternehmer sind möglichst mit Polizeieingriffen zu verschonen, gegen die Arbeiter aber kann nicht geringe Polizei aufgebaut werden. Das am Sonntag veröffentlichte Rundschreiben Posadowsky's vom 11. Dezember, verglichen mit seiner zwei Tage später, am 18. Dezember, gehaltenen Reichstagsrede liefert den klassischen Beweis für die zweifelhafte Auffassung des Staatssekretärs. In dieser Rede sprach sich Graf Posadowsky über den Werth weiterer Eingriffe der Polizei und der Strafjustiz in das wirtschaftliche Leben in höchst bemerkenswerther Weise aus, als von Arbeiter- und Kinderschutz, sowie davon die Rede war, ob die Unternehmer den ihnen auferlegten sozialpolitischen Pflichten immer genügend nachkämen. Damals erklärte Graf Posadowsky:

Wir können nicht alle Erwerbszweige polizeilich reglementiren; wir können nicht in den Gang jedes Betriebes mit staatlicher Hand eingreifen. Schließlich fällt in der That ein Zweifelregieren in dieser Beziehung geradezu dem deutschen Volke auf die Nerven.

Und weiter in derselben Rede:

Verschonen Sie uns doch einmal mit dieser Fluth der Gesetzgebung, geben Sie uns doch einmal Schonzeit! Ich glaube wirklich, daß durch einen zu schnellen Gang der Gesetzgebung die materiellen Interessen der Bevölkerung nicht gefördert werden, aber die Verwaltung auf das allerhöchste leidet. Wenn das ganze Jahr die maßgebenden Instanzen nur mit dem Entwurf neuer Gesetze beschäftigt sind, finden sie gar nicht mehr die Zeit zu einer intensiven gründlichen Verwaltung.

Um allen diesen Wendungen den richtigen Nachdruck zu geben, geißelte Graf Posadowsky noch in dem nächsten Satze „dieses Liebermann von Gesetzgebung“. Ein in die Wechsellage des neuesten sozialpolitischen Kurzes nicht Eingeweihter wird vielleicht vergeblich versuchen, sich die Rede und die Umtrage desselben Staatssekretärs zusammen zu reimen. Aber es ist nicht so schwer. Der Kern der neuesten offiziellen Sozialpolitik ist der Unternehmerchutz. Dazu gehört auch die Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Ausbeutungsfreiheit für die Unternehmer und zu dem Zweck: Niederhaltung der Arbeiter-Organisation! Auf der einen Seite wenig Gesetze und Polizei, auf der anderen desto mehr!

Nach nicht genug für die Posadowsky und Stumm! Wegen Streikvergehens wurde der Handarbeiter Neu aus Konrad von der Grazer Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Neu hatte gegen Reichstreichende Beschimpfungen und Drohungen ausgestoßen.

Durch das Bürgerliche Gesetzbuch wird auf dem Gebiete des Lotterierechts eine große Umwälzung hervorgerufen, die ein weiteres Eingreifen des Reichs-Gesetzgebung unbedingt erforderlich machen wird. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat nämlich angeordnet, daß ein Lotterietrag verbindlich ist, wenn die Lotterie staatlich genehmigt ist. Wenn also Reichs-L. demnach eine neue Staatslotterie einführt, so kann jeder Preuss, trotz des preussischen Verbots, in auswärtigen Lotterien zu spielen, rechtsgültig reichliche Loose erwerben und jährlächlich jeden Gewinn einlangen. Das künftige Reichsrecht wird ihn vom 1. Januar 1900 an unbedingt schützen. Hierüber ist unsere juristische Literatur einig. Eine andere Frage ist die über die Fortdauer der landesgesetzlichen Strafandrohungen. Eine Anzahl von angesehenen Juristen hat sich auch für die Unverbindlichkeit dieser Strafandrohungen entschieden. Neuer-

dings hat Professor Endemann in Halle in der deutschen „Juristen-Ztg.“ diese Frage gründlich erörtert. Auch er kommt zu dem Schlusse, daß diese Handlung, die von der Rechtsordnung positiv mit voller Sanction ausgestattet ist und von den Gerichten als verbindliches Rechtsgeschäft anerkannt werden muß, vor dem Forum des Strafrichters keinesfalls als schuldhaft rechtswidrige Handlung angesehen werden darf. Bringt diese Ansicht, die vieles für sich hat, in die Rechtsprechung ein, so würde daraus die Gefahr einer vollständigen Ueberwältigung mit staatlich genehmigten Loosen entstehen, durch die die kleinen Staaten versuchen würden, ihre Finanzlage auf Kosten der Einwohner der größeren Staaten aufzubessern. Dieser Gefahr mußte mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Das könnte aber nur im Reiche und seitens der Reichsgesetzgebung geschehen; und hier wird die Lösung bei der Eigenart der Frage jedenfalls mit sehr großer Schwierigkeit verbunden sein.

Das moralisch einzig richtige wäre das gänzliche Verbot des Lotteriespiels.

Gegen die Konsumvereine richtet sich eine eben dem Reichstage zugegangene Eingabe des Zentralverbandes deutscher Kaufleute, an dessen Spitze der bekannte Senator Schulze-Gisshorn steht. Die Novelle zum Genossenschaftsgesetz vom 12. August habe nichts wesentliches erzielt; man müsse nimmehr die Errichtung von Konsumvereinen von der behördlichen Erlaubnis abhängig machen, die nur beim Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses zu ertheilen sei. Die Erlaubnis — heißt es in dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf — ist zu versagen:

Wenn die am Orte ansässigen Handels- und Gewerbetreibenden in genügender Weise Gelegenheit zum Besuche von Waaren bieten und die Durchschnittspreise sich in denjenigen Grenzen bewegen, welche der Lage der Waarenmärkte angemessen sind und die ordentliche Führung eines Handelsgeschäftes ermöglichen;

wenn gegen einen der nachsuchenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Konsumverein noch zu anderen als in diesem Gesetz bezeichneten Zwecken benutzt werden soll.

Die theilhaftigen Gewerbetreibenden oder deren Vereine seien von den Behörden stets vor der Entscheidung zu hören, sobald also jede Erlaubnis von vornherein verweigert ist. — Mit schon die Forderung, daß Beamte und Offiziere sich nicht an Konsumvereinen beteiligen und daß in öffentlichen Gebäuden Räumlichkeiten für die verhasste Konkurrenz nicht hergegeben werden dürfen. Dagegen ist die weitere Forderung ebenso neu wie radikal, daß selbst die bestehenden Konsumvereine aufzulösen seien, wenn sie binnen zwei Jahren nicht die behördliche Anerkennung ihrer Nothwendigkeit erlangen haben. Konsumvereine und Kantinen dürften nur Lebens- und Genussmittel zum „alsbaldigen“ Gebrauch abgeben.

Sind so die Konsumvereine schon vor der Geburt zu tödten, so sind die Waarenhäuser durch eine strangulierende Umsatzsteuer aus der Welt zu schaffen; Aktiengesellschaften für den Kleinhandel sind sogar ganz zu verbieten.

Daß auch die letzten Anläufe gegen das Detailweissen, das Hausiren und den unantwärtigen Wettbewerb vor den Augen des großen Senators von Gisshorn keine Gnade finden, versteht sich von selbst. Wenn es wirklich der Kern unseres Bürgerthums wäre, der hinter solchen heimtückischen Plänen des Konkurrenzneides stände, so wäre unser Bürgerthum noch niedriger einzuschätzen, als man es bisher noch für möglich hielt.

Der Reichstags-Abgeordnete H. Müller, Mitglied der Zentrumspartei, hat eine Broschüre mit dem Titel: „Kann die Marinevorlage vom Reichstage angenommen werden?“ veröffentlicht. Eine klare Antwort giebt auch der Abg. Müller auf diese Frage nicht, sondern er schließt mit einem „Wer weiß?“ Er ist der Schiffsvermehrung an sich recht günstig gestimmt, dagegen kann er sich mit der dauernden Freistellung der Flottenflotte nicht befremden.

Herr Müller vertritt also im Grunde auch einen sehr ähnlichen Standpunkt, wie ihn der Abgeordnete Lieber in seiner Rede zum Flottengesetz dargelegt hat. Wenn er auch etwas schärfer als Dr. Lieber die Unmöglichkeit der Annahme des Sepienats und Reternats betont, so spricht er sich doch nicht darüber aus, was er von den Lieber'schen Vermittelungs-Vorschlägen hält.

Die Haltung des Zentrums bleibt also nach wie vor unklar und steht unter dem Zeichen des Kuhhandels. Wenn Herr Müller mit „Wer weiß?“ schließt, so glauben wir uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß der Handel zwischen Regierung und Zentrum in irgend einer Form fertig werden wird.

Die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen meint, es sei schon um unbegründeten Vermuthungen vorzubeugen, „vielleicht zweckmäßig“, jede Untersuchung eines Eisenbahnunfalls, und sei er noch so unbedeutend, grundsätzlich auch darauf anzudeuten, ob und inwiefern etwa Alkoholmißbrauch daran betheiligt ist. Das Blatt kommt zu diesem Vorschlag deshalb, weil die rasche Auseinanderfolge der Eisenbahnunfälle hier und da auch mit dem Alkoholmißbrauch in ursächlichem Zusammenhang gebracht worden sei.

Das kann aber doch höchstens nur in Stumm'schen Wäldern geschehen sein. Dem anständigen Theil der Presse ist es nicht eingefallen, die Sünden des im Eisenbahnwesen herrschenden Systems einer angeblichen Trunksucht des Eisenbahnpersonals zur Last zu legen. Die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen erklärt übrigens selbst, daß ihres Wissens „die in jedem Falle angestellten eingehenden amtlichen Untersuchungen keinen Anlaß zu der Annahme ergeben haben, daß ein übermäßiger Genuß geistiger Getränke bei den betheiligten Bediensteten einen Unfall verschuldet oder nur dabei mitgewirkt habe“.

Pastor Schall. Der durch seine sozial- und kirchenpolitischen Schriften und seinen sich daran anschließenden Konflikt mit den Kirchen- und Staatsbehörden bekannte Pastor Schall in Wabrhorst hat eine neue Schrift ausgearbeitet, in welcher er auf Grund der Erkenntnisse und des Kirchenrechts die große Gefahr des in die Kirche der Reformation eindringenden protestantischen Papstthums aufdeckt.

Diese demnach im Verlage von C. H. Schwetfke u. Sohn erscheinende Schrift unter dem Titel: „Das moderne Papstthum innerhalb der Kirche der Reformation“ gewinnt noch besonders dadurch ein ganz allgemeines Interesse, daß der Verfasser in offener Sprache den Begriff der Amtspflichtverletzungen behandelt und auf die großen Gefahren aufmerksam macht, in der alle Beamten ohne irgend einen Unterschied schweben, namentlich in politisch bewegter Zeit. Auch enthält sie höchst interessante Mittheilungen über das gegen den Verfasser eingeleitete Disziplinarverfahren.

Wir weisen auf das Gesetz. Aus Kiel schreibt man uns: In Elmshorn, dem Städtchen des sozialisten-freistreichen und geistreichsten Erdbürgermeisters Thomßen, dessen Stadtvertretung aus Angst vor den kommunalen Wahlerfolgen unserer dortigen Parteigenossen am 30. Dezember 1897 den Wahlgenuß schleunigst höher schraubte, existirt ein „Nationaler Wahlverein“, dessen Vereinsprogramm besteht in Erhaltung des monarchischen Prinzips, in Erhaltung der Wehrkraft des Deutschen Reiches und in Durchführung der sozialen Reform auf Grund der kaiserlichen Politik vom 17. November 1891.“ Der § 3 des Statuts dieses Vereins lautet nun wie folgt: „Der Zweck des Vereins ist, bei parlamentarischen Wahlen im Bezirk des Vereins denjenigen Kandidaten zu unterstützen, durch dessen Wahl das Vereinsprogramm (siehe oben) besichert wird, gegnerische Parteien aber zu bekämpfen. Es wird diese in Verbindung mit anderen Vereinigungen gleicher Art, sowie im Anschluß an die Zentralleitung geschehen.“

Die politische Thätigkeit als Zweck des Vereins ist aus dieser Natur also klar ersichtlich und nicht minder klar ist der Verstoß gegen § 8 des Vereinsgesetzes. Auffällig ist, daß die Behörde, der doch jedenfalls das Statut zur Kenntnisaufnahme eingereicht worden ist, nicht längst gegen diesen Verein vorgegangen ist.

Stendal, 18. Januar. (Fig. Ver.) Zum Fall Homburg. Das dießige Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Frommel aus Magdeburg verhandelte heute gegen den Vorarbeiter Franz Heldt aus Wieselthal wegen wissentlichen Meineids. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin. Die Verhandlung fand gegen den Protest des Verteidigers unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Meineid soll geleistet sein in einer Verhandlung gegen die Arbeiterfrau Voigt vor dem Schöffengericht in Osterburg am 25. Oktober 1897 unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsraths und Reichstags-Abgeordneten Homburg. Die Voigt sollte die Schnittzeit Wägen, welche Heldt nach dem Tode seiner Frau als Wirtschaftlerin zu sich genommen hatte, mit Wasser begossen und „alte Herge“ genannt haben. Heldt war ebenso wie die Wägen als Zeuge geladen und wurde während der Verhandlung wegen dringenden Bedarfs des wissentlichen Meineids verhaftet, nachdem er bekundet hatte, er habe mit der Wägen niemals geschlechtlich verkehrt. Die Einzelheiten des Falles sind unseren Lesern aus den jüngsten Verhandlungen des Reichstags und unserem Artikel vom Ende Oktober 1897: „Die Quelle des Meineids in der Praxis eines konservativen Richters“ bekannt.

Amtsgerichtsrath Homburg bekundete als Zeuge, daß er die Wägen zuerst in jener Verhandlung befragt und über ihren geschlechtlichen Verkehr mit dem Heldt vernommen, den sie auch nach einigen Jägern zugegeben habe. Darauf habe er den Heldt vernommen, ihn sofort befragt und zunächst über seinen geschlechtlichen Verkehr mit der Wägen befragt. Er sei überzeugt, daß er ihn vor dem Meineid verwarnt habe, denn das sei seine ständige Gewohnheit bei der Vernehmung von Zeugen. Er habe ihm auch vorgehalten, es sei verwunderlich, daß ein so kräftiger junger Mensch, wie er sei, mit der 19jährigen Wägen, mit der er die Wohnung theile, keinen Umgang gehabt haben wolle. Daß die Wägen diesen Umgang bereits bekundet, habe er ihm nicht gesagt. Es wurde weiter bekundet, daß Heldt, nachdem er nach der Meinung des Gerichts die Unwahrheit beschworen, über das Wasserangießen und die Beleidigung gehört und dann aus dem Sitzungssaal herausgeschickt wurde, daß in seiner Abwesenheit die Wägen nochmals über ihren geschlechtlichen Verkehr mit Heldt befragt wurde und sie denselben nochmals bejaht, daß dann Heldt hereingekommen, ihm aber die Wägen nicht gegenüber gestellt und ihm keine Gelegenheit zum Widerspruch seiner Bekundung gegeben wurde.

Der Angeklagte gab heute an, er habe gedacht, er brauche nur das zu beschwören was er geladen sei, das habe er auch der Wahrheit gemäß bekundet. Wegen seines Verkehrs mit der Wägen sei er doch nicht als Zeuge geladen gewesen.

Der Angeklagte, welcher ihn nach der Verhaftung in Osterburg abführte, bekundete, daß Heldt ihm unmittelbar nachher sagte, er wisse nicht, weshalb er verhaftet sei, und als er ihm sagte, wegen Meineids, erwiderte: „Das kann nicht sein“. Amtsgerichtsrath Homburg bezeugte in dieser Beziehung, daß, als er den Heldt am nächsten Morgen nach dessen Verhaftung über die Meineidsbekundung vernommen, derselbe die Unwahrheit der Aussage auch so gleich zugegeben und ihm gesagt, sein Eid habe sich doch auf das Wasserangießen und die Schimpfworte der Voigt, nicht auf seinen geschlechtlichen Verkehr mit der Wägen bezogen. Darüber müßte er doch besonders vereidigt werden. Es wurde ein Brief des Heldt vom 29. Oktober 1897 an Dr. Herzfeld vorgelesen, in dem er diesen um Uebernahme der Verteidigung bittet. In diesem Brief ist unter anderem: Ich antwortete einfach nein, weil ich doch in dem Sinne bin, die Antwort habe mit dem geleisteten Eid nichts zu thun, sondern es müßte mir noch ein anderer Eid zugetheilt werden, ein sogenannter Offenbarungseid oder wie man das bei uns zu nennen pflegt.“ Verschiedene frühere Arbeitgeber des Heldt bekundeten noch, daß er etwas schwerhörig sei.

Nach eingehenden Plaidoyers des Staatsanwalts, der die Verurtheilung wegen wissentlichen Meineids forderte und des Verteidigers, der die Freisprechung erbat. Verurtheilung wegen wissentlichen Meineids begründete, und der Rechtsbelehrung des Vorliegenden erkannte die Geschworenen nach etwa 7/8 stündlicher Beratung auf Nichtschuldig des wissentlichen, dagegen schuldig des fahrlässigen Meineids. Der Staatsanwalt beantragte das höchste zulässige Strafmaß, ein Jahr Gefängnis. Trotz der warmen Fürsprache des Verteidigers, der als Milderungsgründe die dreimonatliche Untersuchungshaft, die Unwesenlichkeit der falschen Aussage, die Thatsache, daß dem Heldt die Wohlthaten zur Verhütung des Falles nicht zu theil geworden und dessen Verhältniß mit der Wägen ausführte, erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis.

Wien, 17. Januar. (Fig. Ver.) Die Proftigier der oberösterreichischen Grafen tritt immer offener zu Tage. Gegenwärtig einmal so offen, daß es selbst einigen bürgerlichen Blättern zu bunt wird. Eben erst haben die hiesigen Barone, Grafen u. ein Extragebiet von einigen Millionen in der Form von bedeutenden Prachtmahlungen nach nord- und nordöstlichen Stationen erhalten — der angebliche Zweck der Luxuriösität war die Verdrängung der englischen Konkurrenz —; das hat aber ihren Heißhunger nur gereizt: jetzt haben sie ihre Preise, und zwar gleich um 40 Pf. pro Tonne, erhöht. In einem in den bürgerlichen Blättern umgebenen Wäschestiel sucht man jetzt das ausbeuterische Vorgehen der Kohlenunternehmer zu verschleiern und soweit das möglich ist, zu begründen. Die Hauptbegründung aber schlägt fehl: von Lohn-erhöhungen nämlich, von denen der Wäschestiel spricht, ist in Österreich selbst nichts zu hören, wohl aber davon, daß man durch Einleitung von Ueberschichten und gewaltthätigen Treiben“ den Arbeitern mehr als früher das Brot aus den Knochen saugt. Auch die Klagen der „Herren“ Oberösterreichs haben kurze Beine.

Meimarer Landtag. Sonntag, den 18. Januar, mittags 12 Uhr, fand die Eröffnung des 28. Landtages statt. Die Wahl des Präsidiums war geeignet, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Herren Agrarier, sobald sie die Mehrheit bilden, in der rigorossten Weise verfahren, und entgegen den parlamentarischen Gepflogenheiten und dem Taktgefühl zu handeln im Stande sind. Das ganze Präsidium besteht v. Kosenhan, Rechtsanwalt Schönmann und Bezirksdirektor von Kusten-Abdenhausen, wurde von diesen Herren durchgedrückt während der langjährige nationalliberale Vizepräsident H. J. Müller, trotzdem derselbe in der unparteiischsten Weise bisher seines Amtes gewaltet hatte, in der Minorität blieb. — Heute hat sich, um der Wiederkehr solcher Vergewaltigungsversuche geschlossen entgegenzutreten, eine Vereinigung aller nicht konservativen und dem Bunde der Landwirthe angehörender Abgeordneter gebildet.

München, 17. Januar. (Fig. Ver.) Unsere bayerischen Genossen griffen gestern wieder einmal kräftig in die Agitation ein und waren gleich in vier Versammlungen für die Ausbreitung unserer Ideen thätig. In München-Giesing sprach Landtags-Abgeordneter Segitz vor zahlreicher Versammlung unter großem Beifall gegen den Wasserpatentismus. In Berg bei Landshut referirte Genosse Witt über den Reichstag und die Marinevorlage und fand ungeheuren Beifall. In dieser Versammlung wurde auch v. Dollmair als Reichstags-Kandidat proklamirt. In Endorf bei Priem am Chiemsee hielt Abg. v. Dollmair den in großen Schaaren erschienenen Bauern aus der Umgebung einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen politischen Vortrag. In Kolbermoor bei Rosenheim tagte eine vom Volksverein für das katholische Deutschland einberufene, von etwa 600 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher der Zentrumsabgeordnete Dr. Wichter die Arbeiterfrage behandelte, aber von unseren Genossen Ed. Schmid und Ad. Müller unter wiederholten Beifallsstürmen der Versammlung gedrückt wurde. Der gestrige Tag ist ein neuer Beweis dafür, daß unsere Sache gut steht in Bayern und daß wir die besten Aussichten für die nächsten Wahlen haben.

München, 17. Januar. (Fig. Ver.) Die Abgeordneten-Kammer nahm heute in Fortsetzung der Spezialdiskussion zum Eisenbahn-Etat den Zentrums-Antwort Dr. Grimm und Genossen, betreffend die Ermäßigung der Frachttarife für Saatgetreide mit 48 gegen 41 Stimmen an. Die Reichstags-Kammer hat die Bodenzins-Vorlage mit 48 gegen 1 Stimme angenommen und den von der Abgeordneten-

Kammer hierfür bewilligten Beitrag aus der Staatskasse von 5 auf 8 Millionen erhöht.

Baden, 16. Januar. (Fig. Ver.) Es ist wirklich erstaunlich, was Herr Eisenlohr, der sog. Wahlminister, alles ausklügelt, um den Nationalliberalen die Herrschaft im Lande zu sichern. Im Landtags-Wahlgesetz sollen es die berühmten „Kantelen“ thun, und für die Wahlen zu den Bürgerausschüssen hat er jetzt ebenfalls etwas ausgedacht, das den Nationalliberalen zum Vortheil gereichen soll. Dieser Tage hat er dem Landtage einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der unter dem Vorwande der „Erschöpfung der Stimmen, zählung“ beweist, in den Bürgerausschüssen der größeren Städte die nationalliberale Mehrheit zu besetzen. Herr Eisenlohr will nämlich der Städte-Ordnung einen § 86a eingefügt wissen, dessen erster Absatz folgendermaßen lautet:

„Beitragt die Zahl der Wahlberechtigten einer Klasse mehr als 500, so kann durch Ortsstatut die Bildung von Wahlbezirken angeordnet werden, mit der Maßgabe, daß in jedem Wahlbezirk eine der Zahl der darin wohnhaften Wahlberechtigten entsprechende Zahl von Stadtverordneten zu wählen ist.“

Der Zweck dieses Paragraphen ist sehr durchsichtig. Wenn derselbe nämlich Gesetz würde, hätten es die Nationalliberalen in den größeren Städten in der Hand, in der zweiten und dritten Wahlerklasse eine derartige Wahlkreisgeometrie zu treiben, daß ihnen in beiden Klassen eine gewisse Anzahl von Stadtverordneten gesichert bliebe und sie für abschbare Zeit die Majorität auf den Rathhäusern hätten. Daß dieser sein ausgedachte Plan des Herrn Eisenlohr Gesetz wird, daran ist nicht zu denken, dafür bürgt die gegenwärtige Zusammensetzung des Landtages.

Oesterreich.

Die Erklärung des böhmischen Statthalters Grafen Coudenhove im Landtage zur Sprachenfrage, die wir schon kurz unter den Depeschen der letzten Nummer hiezu hatten, lautet:

Gegenüber den mannigfachen Beschwerden, welche hinsichtlich der Sprachverordnungen vom 6. April erhoben werden, erachtet es die Regierung als ihre Pflicht, ihre Auffassung und ihre Absichten mit voller Deutlichkeit darzulegen. Die Regierung geht hierbei von der Anschauung aus, daß im Königreich Böhmen beide Landessprachen im Amte vollkommen gleichberechtigt sind. Daraus folgt, daß es jedem Bewohner des Königreiches Böhmen innerhalb der Grenzen des Landes zusteht, sein Recht bei allen landesfürstlichen Behörden sei es in deutscher, sei es in böhmischer Sprache zu suchen und zu finden und so, wie diese Grundzüge für die Regierung unverrückbar feststehen, wird sie auch an der Einheit des Landes sowie an jener der Verwaltung und des Beamtenkörpers unbedingt festhalten. (Beifall bei den tschechischen Abgeordneten.) Innerhalb dieser Grundzüge jedoch ist die Regierung behufs Ausbahnung friedlicher Zustände gern bereit, geäußerten Wünschen, welche in thatsächlichen Verhältnissen ihre Begründung finden, sobald als nur immer thunlich entgegen zu kommen. Sie plant daher, vorbehaltlich einer eventuellen gesetzlichen Regelung, eine Neuordnung der sprachlichen Vorschriften in der Art, daß künftighin auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung zwischen einsprachigen und gemischtsprachigen Landbezirken unterschieden werden soll, in welchen entweder die deutsche oder die tschechische oder endlich die beiden Landessprachen als innerer „Amts-“ und Dienstsprache Geltung haben sollen. Damit wäre nach Ansicht der Regierung beiden Nationalitäten gegenüber ein durchaus gerechtes und gleichmäßiges Vorgehen umso mehr betheätigt, als auch bezüglich der sprachlichen Beschäftigung der Beamten an Stelle einer doch mehr theoretischen und im Momente der Berufung vielleicht nicht mehr vorhandenen Qualifikation das reelle thatsächliche Bedürfnis allein maßgebend bliebe und jeder Beamte bei voller Wahrung der Gleichberechtigung das an Sprochkenntniß besitzen müßte, was der Dienst bei der Behörde seiner Verwendung wirklich erfordert. Um jedoch in Zukunft im Königreich Böhmen genügend sprachlich qualifizierte Beamte zu besitzen, wird die Regierung nicht ermangeln, für die nächste Landtagsession Anträge vorzubereiten, welche eine gründliche Reorganisation in den Einrichtungen an Mittelschulen Böhmens behufs praktischer Erlernung der zweiten Landessprache bezwecken.

Das offiziöse „Fremdenblatt“ betrachtet die Erklärung des Statthalters Grafen Coudenhove als ein für die fernere Entwicklung bedeutungsvolles Ereigniß. Man siehe heute vor dem Altionsplan des Kabinetts, zu dessen fernerer Durchführung die Regierung auf alle Fälle entschlossen sei, und dessen wesentliche Bestandtheile bald in Wirksamkeit gesetzt werden dürften. Die Parteien befinden sich nunmehr ganz anderen Thatsachen gegenüber als bisher. Ihre Aufgabe werde sein, sich mit diesen so abzufinden, wie ihre Ueberzeugung es zulassen werde. Viele Einzelfragen des großen Konfliktkomplexes seien durch die gestrige Regierungserklärung schon so weit gelöst, als der Modus ihrer Beilegung unabänderlich festgelegt sei. Dem Hervortreten der Regierung sei es zu verdanken, daß eine praktische und den realen Bedürfnissen und Verhältnissen möglichst nahe kommende Lösung der die staatlichen Behörden betreffenden Sprachenfrage nicht mehr in gleichem Maße wie bisher von den Faktionen und Stimmungen der Landtagspartei abhängige. Es sei möglich, daß nicht diese, sondern die thatsächlichen Einrichtungen das letzte Wort sprächen, und daß die endliche Vereinigung der zu solcher Erbitterung gesteigerten nationalen Gegensätze nicht aus dem Schooß der Parteien, sondern aus den Verhältnissen der Regierung hervorgehen werde, die sich so innig an die realen Verhältnisse und an die Rechte beider Stämme Böhmens anschließen sollten.

Äußerungen der Parteien über diese hochwichtige, programmatische Erklärung liegen noch nicht vor.

Prag, 18. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtags ereignete sich ein aufregender Zwischenfall. Während der Rede des Abg. Junke trat der Abg. Wolf in den Saal und theilte mit, daß ein deutscher Student blutig geschlagen worden sei. Sämmtliche deutsche Abgeordnete sprangen von den Sitzen auf, begaben sich zu dem Präsidium und dem Statthalter und verlangten Genugthuung. Dem Statthalter wird zugerufen, er möge abhandeln, er sei nicht fähig, die Verwaltung eines so wichtigen Landes zu führen. Der Oberlandmarschall unterbricht die Sitzung auf eine halbe Stunde. Sämmtliche deutsche Abgeordnete eilen nach dem „Grosen“, wo die Verhandlung erfolgte. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung erklärt der Statthalter v. Coudenhove, ein tschechischer Student habe auf der Straße einen deutschen Studenten, der Farben trug, angegriffen und geschlagen. Der tschechische Student sei verhaftet worden. Weiter betont der Statthalter, es sei ein statutarisches Recht der deutschen Studenten, Farben zu tragen. (Zustimmung links.) Dies könne niemandem Grund zu Ausschreitungen bieten. Er, der Statthalter, müsse derlei aussschärfte verurtheilen. Die Sicherheitsbehörden hätten ihre Pflicht erfüllt; sie seien sofort zur Stelle gewesen, hätten den Angegriffenen geschützt und die Angreifer sowie andere der Verhaftung sich widersetzende Personen festgenommen. Keine Sicherheitsbehörde der Welt könne derlei Zwischenfälle verhindern. (Lärm, Protestrufe bei den Tschechen.)

Ungarn.

Budapest, 18. Januar. Die zweite Session des Reichstags wurde heute mittels königlichen Rescripts eröffnet.

Soldaten-Konflikte. Aus Eger wird der „N. Fr.“ berichtet: Der bei dem 78. Infanterie-Regiment dienende Korporal Nauwer aus Großpöschdorf bei Marienbad ist in der vergangenen Woche vom 6. auf den 7. d. M. in einem Wirthshause in Prag von einem Soldaten der Landwehr durch einen Bajonnetstich in den Unterleib so schwer verletzt worden, daß er nach zwei Tagen verschied. Eine Patrouille des 78. Infanterie-Regiments soll am Tage vor dem blutigen Attentat mehrere tschechische Landwehrsoldaten aus einem Gasthause fortgeschafft haben. Der diese Patrouille führende Korporal, dessen Name nicht genannt wird, kam mit dem Korporal Nauwer am nächstfolgenden Abend in ein Gasthaus, in welchem sich dieselben Landwehrmänner befanden. Es entspann sich

zun ein Streit, in dessen Verlauf der führende Korporal einen Oben mit dem Bajonnet übers Gesicht und Hauher, welcher sich den Mantel anzog, um dem Streite zu entgehen, einen Bajonnetstich in den Unterleib erhielt. Der Regimentsbefehl des 78. Infanterie-Regiments macht von diesem Geschehniß Mittheilung.

England.

London, 15. Januar. (Fig. Ver.) Die Nachwahl in York hat mit der Niederlage des Sir Christopher Furness geendet. Gegen diesen haben außer der Sozialdemokratischen Föderation auch die Independent Labour Party und John Burns Manifeste erlassen, und verschiedene radikale Vereine und Gewerkschaftsaktionen haben die Arbeiter von York aufgefordert, unter keinen Umständen einem Fabrikanten ihre Stimme zu geben, der sich an der Arbeitssperre betheiligte habe. Diese Opposition hat zwar das Resultat nicht allzusehr beeinflusst, aber sie hat genügt, das Jünglein der Waage zu gunsten des Plattenkandidaten, Lord Bessford, neigen zu machen, der mit 11 Stimmen Mehrheit gewählt wurde. Gegen 1895 gewann der Liberale sogar mehr als der Konservative, er erhielt 5645 gegen 5509, der Konservative 5648 gegen 5518 Stimmen in jenem Jahre. Die Section der Maschinenbauer von York, sowie der Districts-delegat des Maschinenbauer-Vereins halten die Erklärung des Herrn Furness über seine Stellung im Fabrikantenbund für bestreidigend erklärt, und von der Independent Labour Party veranstaltete Meetings, auf denen dessen Kandidatur bekämpft werden sollte, konnten gegenüber der feindseligen Haltung der Masse der Arbeiter nicht zu Ende geführt werden. Im Nordosten scheinen die Liberalen noch sehr stark zu sein.

In Plymouth ließen die Liberalen, obwohl die Konservativen möglichst viel Kapital aus der Thatsache schlugen, daß der Kandidat der ersten kein Vollblut-Engländer ist. Er ist nämlich der in England geborene Sohn eines rumänischen Juden. Die organisierten Arbeiter unterstühten hier einmüthig den Liberalen.

Schweden.

Stockholm, 18. Januar. Die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages kündigt eine Vorlage betreffend die Arbeiterversicherung an. Das Budget weist 124 Millionen Gesamtausgaben auf und fordert u. a. die Bewilligung von 50 000 Kronen zur Erhöhung der Apanage des Kronprinzen unter Hinweis auf die vom norwegischen Storting vorgenommene Herabsetzung der Apanage des Kronprinzen um dieselbe Summe, ferner 350 000 Kronen zur Befestigung der Stadt Göteborg, 3 Millionen zu anderen Befestigungswerken und 6 1/2 Millionen zum Bau neuer Kriegsschiffe.

Italien.

Ancona, 17. Januar, abends. Die Nacht ist wieder hergestellt.

Ancona, 18. Januar. Die Nacht und der heutige Vormittag verliefen durchaus ruhig. Befehlsmachungen des Bürgermeisters und des Präfekten verbot die Versammlung auf den Straßen. Der Gemeinderath hat vorgeschlagen, daß Brot zum Herstellungspreise abgegeben wird, welches von der Militärbehörde bereit wird. Lehrtäre ist für die Wägen eingetreten, welche, durch die Haltung der Bevölkerung eingeschüchtern, in der letzten Nacht nicht gebadet haben.

Die Arbeiter einer Zuckerraffinerie machten heute Mittag den Versuch, auf den Platz vor dem Rathhause zu bringen, sie wurden jedoch von der Polizei, welche einige Verhaftungen vornahm, gestreut. An anderen Punkten der Stadt wurden fünf Anarchisten und ein Sozialist, der Arbeiter des zu den Protestkundgebungen ausgehenden Manifests, verhaftet.

Spanien.

Madrid, 17. Januar. (Frankf. Blg.) Die Einigung der Mehrheit der früheren canonischen Partei und der Sozialisten ist nunmehr Thatsache. Sivola wird das Haupt der neuen konservativen Partei. Binnen kurzem veröffentlicht diese ein Manifest, das unterschrieben ist von 18 Ministern, darunter Marquis Campos und Agarraga, 87 Senatoren und 125 Abgeordnete. Romero Robledo und General Weyler sind ausgeschlossen. Diese Thatsache ist hochwichtig für unsere innere Politik, falls die Zersplitterung der Konservativen wirklich ausbleibt. Die neue Partei wird jedenfalls versuchen, die Macht sofort wieder an sich zu bringen.

Havana, 18. Januar. Bei Alquízar in der Provinz Pinar del Rio explodirte eine Dynamitbombe unter einem Bahngange, welcher Zivilpersonen und Truppen bedrohte. Der Zug entgleiste und eine Person wurde getödtet, vier verwundet. Russische machten zugleich einen Angriff auf den Zug, wurden aber von Truppen gestreut.

Rußland.

Warschan, 11. Januar. Dieser Tage wurde gemeldet, daß hier eine Geheimdruckeri von der Polizei erdrückt worden sei. Im Auslande ist vielfach angenommen worden, daß dies die Druckeri des hiesigen polnischen Sozialistenblattes gewesen sei. Dies ist indessen falsch. Hier wird überdies auf das bestimmteste behauptet, daß die aufgehobene Druckeri eine Polizeispiegel-Druckeri gewesen sei, die erst ganz kurz zuvor von den Polizeispiegeln höchst eigenhändig eingerichtete worden sei.

Die vorerwähnte, nicht auf sozialdemokratischer Quelle, sondern aus der kirchlichen „Römisches Volkszeitung“ stammende Meldung ist aller Wahrscheinlichkeit nach richtig. Würde die schon seit einer Reihe von Jahren thätige Warschauer Geheimdruckeri, welche das mutige und ausgezeichnete Blatt unserer russisch-polnischen Genossen regelmäßig in tausenden von Exemplaren herausgibt, beschlagnahmt sein, so hätten wir längst hiervon Nachricht.

Afrika.

Die Entsendung der englischen Truppen nach dem Sudan ist nach einer Mittheilung des „Standard“ lediglich eine Defensivmaßregel, sie bedeutet in keiner Weise eine Absicht der Regierung, sich auf einen vorzeitigen Angriff auf die Schaaren des Kalifen in Oudurman einzulassen.

Chinapolitik. Weiters Ausföhrung der Parteipresse ausen auf Wiederholungen der von uns schon gekennzeichneten Mißverständnisse von Äußerungen des „Vorwärts“ hinaus.

Besonders zu verzeichnen haben wir einen Artikel aus der Feder des Genossen Franz Mehring in der „Neuen Zeit“. Der Artikel wendet sich scharf gegen die Kiao-tschau-Politik der deutschen Regierung. In der in der Parteipresse entstandenen Polemik wird folgendes ausgeführt:

Der Pachtvertrag, der zwischen Deutschland und China über die Uicht von Kiao-tschau abgeschlossen worden ist, hat in der sozialdemokratischen Presse zu kleinen Reibungen geführt, die von bürgerlichen Organen als wirkliche Meinungsverschiedenheiten aufgefaßt worden sind und in solchem Sinne angebeutet werden. Wir fürchten, daß es diesen bürgerlichen Blättern ergehen wird wie den Wägeln, die morgens zu früh singen und abends von der Hitze gebraten werden. Bei jenen kleinen Reibungen, von denen dahins gestreut bleiben mag, ob sie nicht besser unterblieben wären, handelt es sich nicht um Unterschiede der Auffassung, sondern höchstens um Unterschiede des Tones und des Temperaments, die nichts beweisen und am allerwenigsten etwas im Sinne bürgerlicher Schadenfreude.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorbereitung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeß-Ordnung hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Das Gerichtsverfassungsgesetz und die ersten 40 Paragraphen der Zivilprozeß-Ordnung wurden in dieser Sitzung durchberathen. Von den wichtigsten Beschlüssen haben wir folgende hervor: Der Versuch, einigen agrarischen Großgrundbesitzern zu Liebe die Kompetenz der ordentlichen Gerichte auf dem Gemeinheits- theilungsgebiet u. s. w. noch mehr einzuschränken, wurde durch Ablehnung eines zu dahin § 14 G. B. G. gerichteten Regierungsvorschlages vereitelt. Anträge unserer Genossen Daase und Stadthagen und des freisinnigen Abg. Kaufmann, Frauen als Schöffen und Geschworene

zugelassen, wurden abgelehnt. Dagegen gelangte ein weiterer Antrag unserer Genossen, in den Gewergerichtssachen in zweiter Instanz je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuzuziehen, mit 9 gegen 6 Stimmen zur Annahme. Freilich behalten sich eine Anzahl zustimmender eine andere Stellung in zweiter Instanz vor. Zur Annahme gelangte auch ein Antrag des freisinnigen Abg. Kaufmann, durch den die Amtsgerichte für alle Interventionsklagen ohne Rücksicht auf die Höhe des Objekts für zuständig erklärt wurden. Ein Antrag desselben Abgeordneten zielte darauf ab, die Kostenhöhe für Mietshörsitzungen und Klimentensachen herabzumindern. Nach lebhafter Befürwortung des Grundgedankens dieser Anträge durch die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission stimmten dem Grundgedanken die Mehrzahl der Kommission zu und nahm eine von Stadthagen beantragte Fassung an. Danach kann in Zukunft bei Mietshörsitzungen der Wert des Objekts nie mehr als einen einjährigen Mietzins und in Klimentensachen (wo jetzt oft 5-6000 M. als Streitobjekt erachtet wird), nie den dreijährigen Klimentenbetrag übersteigen. Heute Vormittag findet die Fortsetzung der Kommissionsberatungen statt.

Die Militär-Kommission hielt heute ihre erste Sitzung ab. Von einer Generaldiskussion wurde abgesehen und sofort in die Spezialberatung des Gesetzentwurfs eingetreten. In den Regierungsvorlagen waren Abänderungsanträge von Seiten der Sozialdemokraten und des Zentrums eingebracht. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Umfang der Militärgerichtsbarkeit auf alle Angehörigen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, sowie auf die in den §§ 157, 158 des Militär-Strafgesetzbuchs bezeichneten Personen zu beschränken sei. Alle übrigen auf den Umfang der Militärgerichtsbarkeit bezüglichen Bestimmungen ersuchen die Sozialdemokraten abzulehnen. Das Zentrum verlangt eine Einschränkung der §§ 1 und 2, die sich indes nicht etwa auf eine prinzipielle Abänderung der Regierungsvorlage, eine wirkliche Reform des Militär-Strafprozesses bezieht, sondern nur verlangt, daß die zur Disposition gestellten Offiziere, Sanitätsbeamten und Ingenieure des Soldatenstandes, auch wenn sie nicht in dem aktiven Heer oder in der aktiven Marine Verwendung finden, der Militärgerichtsbarkeit nach unterliegen sollen, wenn sie Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Militär-Strafgesetze begehen. Ferner beantragt das Zentrum hinter den § 1 einen neuen § 1a einzufügen, der bestimmen sollte, daß den bürgerlichen Verurteilten die Untersuchungen und Entscheidungen überlassen bleiben:

1. wegen Verbrechen wider die allgemeinen Strafgesetze, wenn die Handlung mit Todesstrafe oder Zuchthausstrafe bedroht ist;
2. wegen Zuwiderhandlungen gegen Finanz- und Polizeigesetze, Jagd- und Fischereigesetze, sowie gegen Verordnungen dieses Inhalts, wenn die Handlung nur mit Geldstrafe und Einziehung oder mit einer dieser Strafen bedroht ist.

Weiter will das Zentrum einen neuen § 1b schaffen und beantragt:

Der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterliegen:

1. Die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine wegen Amtsverbrechen oder Amtsvergehen, welche sie bei einseitiger Verwendung im Bivildienst des Reiches, eines Bundesstaats oder einer Kommune begangen haben;
2. Personen des Verurteiltenstandes wegen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze, wenn die Handlungen während einer in Friedenszeiten erfolgten Einberufung zu dienstlichen Zwecken begangen worden sind.

In der Diskussion wurde der sozialdemokratische Antrag von den Genossen Daute, Frohne und Oertel eingehend begründet und verteidigt. Die Regierungsvertreter hatten allen Anträgen gegenüber nur die stereotypen Redensart, daß die Militärverwaltung an der Regierungsvorlage im Interesse der Disziplin, der militärischen Autorität und weil alle diese faktisch bekannten Behauptungen lauten, festhalten müsse. So kam es, daß die sozialdemokratischen Anträge, die nur die Unterföhrung Mündel's (s. S. 1) fanden - auch das Zentrum konnte sich zu keiner Unterföhrung aufschwingen - abgelehnt wurden. Auch Gröber (Z.) zog den im § 1a Abs. 1 erwähnten Antrag zurück, da der Generaladvokat Jitenbach mit erhobenem Stimme von dem wahrscheinlichsten Scheitern des Gesetzes bei Annahme dieses Antrages sprach. Nach langen Erörterungen wurde schließlich § 1 der Regierungsvorlage, § 2 mit der vom Zentrum beantragten Abänderung, sowie dessen Anträge auf Schaffung der §§ 1a und 1b angenommen. Die Diskussion wurde bei § 3 abgebrochen und auf morgen verlagert. - Der Eindruck der Verhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß von Seiten der preussischen Militärbehörden alles aufgedboten wird, um eine wirkliche Reform des Militär-Strafprozesses unmöglich zu machen.

Dem Reichstage ist eine Zusammenstellung ausländischer Gesetze über die bedingte Verurteilung und deren Handhabung zugegangen.

Wahlbewegung.

Im Wahlkreis Göttingen - Münden - Duderstadt hat eine Parteiverammlung den Genossen Verthold Heymann-Braunschweig als Kandidaten aufgestellt. Heymann hat bereits die erste Agitationsreise im Wahlkreis unternommen und in vier Orten gesprochen. Die Versammlungen in Münden und Boveniden waren gut, hauptsächlich von Fabrikarbeitern besucht, schwächer die in Dransfeld, woselbst auch Bauern und Tagelöhner sich eingefunden hatten. Am zahlreichsten war die Teilnahme in der Universitätsstadt Göttingen, wo auch etwa 40 Studenten erschienen waren. Nach einem zweistündigen, beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Heymann sprach der nationalsozialistische Professor Bouffet, was zu einer interessanten Debatte über den angeblichen Antinationalismus der Sozialdemokratie und deren Stellung zur Flottenfrage und Weltmachtpolitik führte. Trotz der langen Dauer der Versammlung war die Teilnahme bis zum Schluß gleich reger. Es werden von jetzt ab jeden Sonntag Versammlungen im Wahlkreis stattfinden, vielfach in Landorten, in denen bisher nie eine Versammlung stattfand.

Der Reichstags-Abgeordnete für Salzwedel, Gardelegen Landesökonomierath Dr. Schulz-Lapish soll mandatsmüde sein und auf eine Kandidatur zum Reichstage verzichten.

In Elberfeld übernimmt Stadtvorordneter Wilt. Geyer, freisinnig-katholisch, wie er bezeichnet wird, eine Kandidatur für den Reichstag.

Im zweiten Meiningen Reichstags-Wahlkreis haben die Freisinnigen unserem Parteigenossen Reichhans den Redakteur Berl's entgegengestellt. Wahrscheinlich ist deshalb von Herrn Berl's die Ablehnung einer Berliner Kandidatur erfolgt.

Erklärung zum Fall Fink.

In der Sitzung des Reichstags am 10. Dezember hatte ich in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Freiherrn v. Stumm, gegen den Redakteur der „Post“ Fink, als den redaktionellen Uebersetzer des Pamphlets des Korbmacher Fischer über die Sozialdemokratie, den Vorwurf der Verfälschung erhoben.

Darauf veröffentlichte ich im „Vorwärts“ vom 18. Dezember eine Erklärung, in welcher ich ausführte, daß meine Gewährsmänner sich insofern irrten, als es sich nicht um eine Verfälschung, sondern um die Ausgabe eines schlechten Chefs handelte, von dem der Redakteur der „Post“ Fink wußte, daß er wertlos war.

Heute setze ich mich genöthigt, meine Erklärung vom 18. Dezember dahin zu berichtigen,

daß die erste Angabe meiner Gewährsmänner richtig war und der Redakteur der „Post“ Fink sich in Chicago in mehreren Fällen der Verfälschung schuldig machte.

In einem Fall ist das betreffende Papier - ein falscher Wechsel - nebst dem amtlichen Affidavit des Geschädigten, in einem anderen

Fall, die eidliche Aussage des Geschädigten nebst der amtlich beglaubigten Abschrift des falschen Wechsels in meinen Händen. Der eine von dem Redakteur Fink bezogenen ist der Restaurateur Herr Wm. S. Jung, 106 Randolph Str., der andere der ehemalige Wirth des Deutschen Preßklubs in Chicago, Herr Theobald Heinrich's, 350 Dearborn Str., beide in Chicago.

Weiter ist mir die eidliche Zeugenaussage des Herrn Andreas Simon, Redakteur der „Illinois Staatszeitung“ zugegangen, welcher das Ehrenamt des Finanzsekretärs im Deutschen Preßklub in Chicago bekleidet, der über den Ausschluß Fink's aus dem Deutschen Preßklub wegen ehrenrühriger Handlungen Aufklärung giebt.

Sämmtliche Aktenstücke sind vom deutschen Konsulat in Chicago beglaubigt.

Auf anderes schweres Anlagematerial gegen den Redakteur Fink, das mir aus anderen Städten der Vereinigten Staaten und Hamburg zugeht, gehe ich hier nicht näher ein. So weit diese Anklagen in der deutsch-amerikanischen Presse in den letzten Wochen erhoben wurden, ist auch der Freiherr v. Stumm und Herr v. Kardorff zum theil unterrichtet worden.

Berlin, den 18. Januar 1898.

A. Bebel.

Partei-Nachrichten.

Zum Bericht über die antireformistische Volksversammlung in Reppen, der in der Nummer des „Vorwärts“ vom 14. Januar veröffentlicht ist, sandte uns der Referent dieser Versammlung, Herr Otto Heinrich Böckler, eine Berichtigung, worin er erklärt: 1. es sei unklar, daß er gesagt haben solle, an den schlechten Zeiten wären „natürlich“ bloß die Juden und die Sozialdemokraten „schuld“; 2. es sei nicht wahr, daß er geküßert hätte, „Krupp, Stumm und Herbig seien wahre Musterknaben, weil sie eben „Christen“ sind“; er habe im Gegentheil bedauert, daß Großbetriebe derartig wie der Krupp'sche anwachsen, habe dabei allerdings anerkannt, daß Krupp sein Rufvermögen insofern nützlich verwendet, als er seine Arbeiter anständig bezahlt; die Umsturzgelüste der Stumm und Genossen habe er genügend als verwerflich gekennzeichnet, Herbig habe er überhaupt nicht erwähnt; 3. sei es unklar, daß er gesagt haben solle, gegen die Landarbeiter werde man „geföhlich einschreiten müssen, um sie auf dem Lande zu behalten“; er habe vielmehr gesagt, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung müsse derart reformirt werden, daß sich die Arbeiter auf dem Lande wieder wohlfühlen und gern dort bleiben; 4. habe er nicht gesagt, die Sozialdemokraten wollten „Weibergemeinschaft“; 5. sei es unklar, daß er „aus dem Häuschen“ gerathen sein solle, weil ihn unser Genosse Jahn widerlegt hätte. Schließlich erklärt Herr Böckler, er sei nicht, wie in dem Bericht angegeben war, Redakteur an der „Staatsbürger-Zeitung“.

Unser kleiner Parteiorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, hat im verflohenen Jahre seine Abonnentenzahl von 6387 auf 7233 wachsen lassen. Infolge dessen steht die Zeitung nun auch finanziell günstiger.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

Die Magdeburger „Volksstimme“ hatte der Zeitung der Maschinenfabrik Wulkan den Vorwurf gemacht, sie gehe bei der Prüfung der Schlichteinstellung nicht gemäß der gesetzlichen Vorschriften vor. Ein Arbeiter dieser Fabrik war bei der Benutzung eines Schlichteinstellungs verunglückt, worauf die Arbeiter der Fabrik die Redaktion um öffentliche Besprechung dieser Angelegenheit ersucht hatten. Dem Redakteur Bahle trug die Veröffentlichung eines Bescheidungsprozesses ein, der mit seiner Verurteilung zu hundert Mark Geldstrafe endete. Das Landgericht sprach ihm den Schutz des § 193 ab, weil nicht erwiesen sei, daß es für die Arbeiter keinen anderen Weg als die Veröffentlichung in der „Volksstimme“ gegeben habe, um ihren Beschwerden Gehör zu verschaffen. Bahle legte gegen dieses Urtheil Revision beim Reichsgericht ein, wurde aber abgewiesen. In dem Erkenntnis hieß es, das Magdeburger Urtheil stehe im Einklang mit der reichsgerichtlichen Praxis. - Wenn schon, denn schon. Aber daß diese Praxis irgend wann einmal geändert werden muß, darüber dürfen, nach dem eben mitgetheilten neuesten Beispiel von Rechtsprechung, nicht nur die Zeitungsschreiber, sondern so ziemlich alle Leute einig sein.

Durch Veröffentlichung einer dem „Klabberadatsch“ entnommenen Notiz, betreffend einen Druckfehler in dem Worte „Stollenboden“, sollte die Breslauer „Volksmacht“ großen Aufsehens erlangen. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 100 M. Geldstrafe beantragt.

In der Redaktion des „Saalfelder Volksblatts“ wurde im Auftrage der Staatsanwaltschaft nach dem Manuskript einer Notiz aus Pörsdorf gehandelt, die eine Verleumdung des Kommerzienrathes Berger daföhst enthält. Die Handlung war selbstverständlich erfolglos.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Kampf der Schuhmacher schreibt man uns: Bürgerliche Blätter wählten dieser Tage zu berichten, daß die Schuhmacher in den ersten Tagen dieser Woche in Stärke von ca. 700 Mann in den Streik treten würden, nicht nur, um die von den Dingfabrikanten oktroyirte „einseitige“ Fabrikordnung abzuwehren, sondern auch um die Freigabe des 1. Mai als Feiertag und die Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeiter zu erzwingen. Thatsächlich handelt es sich in dem Kampfe nur allein um die Abwehr der rigorosen Bestimmungen der Fabrikordnung.

Wie jetzt haben folgende Firmen ihre Arbeiter ausgesperrt, weil dieselben ihre Unterschrift zu der Fabrikordnung verweigerten: 1. Lächner u. Läderig, Georgenkirchstr. 64 (38 Arbeiter); 2. Merkel, Friederichstr. 8 (5 Mann); 3. Unger (6 Mann). Dieselben sind heute wieder eingestellt worden.

Zur Beurtheilung, ob der Kampf der Arbeiter gerechtfertigt ist, seien nachstehend einige Auszüge aus der Fabrikordnung wiedergegeben. Es heißt in derselben: „Die Aufnahme wird erst rechtskräftig, nachdem der Arbeiter die geföhlich vorgeschriebenen Papiere, sowie Arbeitsnachweis in ein Depot hat.“ Dagegen wünschen die Arbeiter, daß die verlangten Papiere, mit Ausnahme des Arbeitsnachweises, überhaupt erst beim Eintritt des Arbeitsverhältnisses deponirt werden müssen. Weiter verlangen die Arbeiter, daß in der Fabrikordnung die unrentable Arbeitszeit festgelegt wird. In der vorliegenden Fassung öffnet dieselbe der Willkür der Fabrikanten Thür und Thor. Zu diesem Behalten glauben die Arbeiter um so mehr berechtigt zu sein, als bei den im vorigen Frühjahr vor dem Gewerbegericht stattgehabten Verhandlungen die Fabrikanten selbst erklärt haben, daß an der unrentablen Arbeitszeit sowie an den sonstigen Erzeugnissen der letzten Streiks nicht gerührt werden solle. Sodann wird in der Fabrikordnung verlangt, daß die Arbeiter unter allen Umständen die festgesetzte Arbeitszeit innehalten. Die Arbeiter wünschen dagegen, daß diese Bestimmung nur dann gelten soll, wenn genügende Beschäftigung vorhanden ist. Es passiert nämlich gar nicht allzu selten, daß Akkordarbeiter Stundenlang auf Arbeit warten müssen. Sogleich Entlassung des Arbeiters soll stattfinden können, wenn derselbe zweimal in einer Woche zu spät kommt. Hier wünschen die Arbeiter, daß erstlich nach der Verspätung mindestens zehn Minuten betragen darf, und zweitens, daß vorher eine Verwarnung erfolgt. Betreffs der Materialien, welche sich die Arbeiter in den Schuhfabriken immer noch auf eigene Kosten beschaffen müssen und die von den Fabrikanten geliefert werden, wünschen die Arbeiter, daß dies zum Selbstkostenpreise abgegeben wird. Einen Passus, nach welchem Arbeitstage, an denen nicht gearbeitet wird, auch nicht bezahlt werden, wünschen

die Arbeiter gestrichen. Ferner soll die Zeit, welche die Arbeiter am Jahstage nach Feierabend auf Lohn zu warten haben, begahnt werden.

In bezug auf die Disziplin in den Fabrikräumen heißt es: „Den Fabrikherren... ist willig Folge zu leisten.“ Die Arbeiter wünschen das Bötchen „willig“ gestrichen und hinzugefügt: „in geschäftlicher Beziehung“. Auch verbietet die Fabrikordnung jedes Trinken während der Arbeitszeit. Die Arbeiter wollen nur das „übermäßige Trinken“ verboten wissen, da einzelne Arbeiterkategorien, Braiser, Binsler etc. bei ihrer Arbeit durchaus das Trinken nicht ganz entbehren können. Es käme das völlige Verbot für diese auf eine direkte Gesundheitschädigung hinaus. Auch das Sammeln in den Fabrikräumen während der Pause will die Fabrikordnung verbieten, ebenso das Zusammenstehen und -Sitzen. Diese Bestimmungen sind nach Ansicht der Arbeiter nur darauf berechnet, die gewerkschaftliche Thätigkeit der Arbeiter lahm zu legen. Um sodann den Arbeiter in bezug auf seine Bezahlung vollständig rechtlos zu machen, enthält die Fabrikordnung folgende Bestimmung: „Für solche Arbeit, die vom Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter für unbrauchbar befunden wird, wird kein Lohn bezahlt. Mangelhafte gelieferte Arbeit ist ohne weitere Lohnentschädigung zu verbessern.“ Die Arbeiter verlangen, daß bei der Beurtheilung, ob ein Stück gelieferte Arbeit untauglich ist, auch der betreffende Arbeiter und der Arbeiterausschuß hinzugezogen werden, unbeschadet des Klagerrechts des betroffenen Arbeiters. Mangelhafte Arbeit soll nur dann ohne Lohnentschädigung zu verbessern sein, wenn der Arbeiter die Mangelhaftigkeit verschuldet hat.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich mit dieser Arbeitsordnung beschäftigt und anerkannt, daß die Arbeiter der Schuhfabriken im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren. Derselbe hat seine Stellung zu der Angelegenheit in nachstehender Resolution festgelegt: „Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission erklärt sich damit einverstanden, daß die Schuhmacher die Befestigung der drückendsten Bestimmungen aus der Fabrikordnung, die eine bedeutende Verschlechterung ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen enthalten, fordern, da schon ca. 50 Arbeiter ausgesperrt sind und täglich noch Aussperrte hinzukommen; da ferner nur Arbeiter vom Arbeitsnachweis der Fabrikanten eingestellt werden, die die Fabrikordnung unterschreiben, so hält der Ausschuß für unumgänglich notwendig, daß die betroffenen Arbeiter sofort das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anrufen. Im Falle die Unterhandlungen zu keinem Resultat führen oder die Fabrikanten solche überhaupt ablehnen, wird der Ausschuß, falls eine allgemeine Aussperrung erfolgen sollte, die erforderlichen Schritte unterstügen.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Korbmacher. Da jetzt wieder größere Posten Geschloßarbeiten vergeben werden, so machen wir die Kollegen auf den Beschluß der Oktober-Versammlung aufmerksam, laut welchem der Minimallohn pro Geschloßarbeit 4.50 M. beträgt. Wir müssen die Kollegen auffordern, unbedingt für Aufrechterhaltung dieses Beschlusses zu sorgen. Die Werkstat-Kontrollkommission.

Brandenburg a. S. Im Alexander-Fahradwerk A. Jacobi haben heute 80 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Ueber den Maschinenbauerkampf liegen eine Reihe Depeschen vor, deren Inhalt wir im Nachstehenden wiedergeben: Das Komitee der Vereinigten Gewerkschaften hat am Montag an den Arbeitgeber-Verband ein Schreiben gerichtet, in welchem es offiziell mittheilt, es ziehe die Forderung des Achtstundentages zurück und die Hoffnung ausdrückt, die Arbeitgeber würden nunmehr die Sperr-Auflösungen zurückziehen. Die Gesellschaft der Maschinenbauer hat auch mehrere Abordnungen an die Arbeitgeber entsandt. - Sou Manchester wird gemeldet, daß noch eine Reihe weiterer Firmen Sperr-Auflösungen erlassen habe. Auch die Firma Galloway, die größte Dampfesselfabrik der Welt, befände sich unter denselben. - In Glasgow soll eine Anzahl Arbeiter die Wiederaufnahme in die Schiffbauhöfe nachgesucht haben. - Der „Frankfurter Zeitung“ wird nach folgendem Depesche: Der Maschinenbauer-Streik wird jetzt allgemein als beendet betrachtet, nachdem am Sonntag Abend alle im Londoner Achtstunden-Ausschuß vertretenen Gewerksvereine die Zurückziehung der Forderung des Achtstundentages zugestimmt haben und diese Zurückziehung nun erfolgt ist. Zwar bleibt immer noch die Frage offen, wie sich beide Parteien über die letzten Forderungen der Unternehmer einigen werden. Nachdem die Fairfielder Schiffbau-Gesellschaft die Aussperrung verhängt hat, ist ein weiterer Widerstand der Maschinenbauer nicht mehr zu erwarten und die Arbeit wird wohl zum theil schon heute wieder aufgenommen werden.

Die Generalkommission vernahmte für die Maschinenbauer in der Woche, endend mit dem 18. Januar, 4759,63 M. Diese Summe der bereits quittirten zugehört, ergibt im ganzen 100 576,82 M., welche von den deutschen Arbeitern allein durch die Generalkommission den englischen Arbeitsbrüdern überwiesen wurden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 18. Januar. (B. Z. V.) Der Direktor des Hofburg-Theaters, Dr. Burghard, überreichte heute der Generalintendant sein Entlassungsgesuch; er wird die Geschäfte bis Ende dieses Monats fortführen.

Teplitz, 18. Januar. (B. Z. V.) Die Wasserheilanstalt Seidwald ist in der letzten Nacht vollständig niedergebrannt.

Triest, 18. Januar. (B. Z. V.) Die Insel Vissa wird von der Leproskrankheit heimgesucht.

Triest, 18. Januar. (B. Z. V.) Der Dampfer „Giampaolo“ ist infolge starken Nebels auf Grund gerathen und bekam ein Beck. Die Passagiere und Mannschaften wurden gerettet.

Paris, 18. Januar. (B. Z. V.) Der Kriegsminister kündigte heute dem Justizminister die Klage gegen Jola und das Journal „Aurore“ ein. Jola wählte als Rechtsbeistand den Advokaten Ferdinand Labori. Wahrscheinlich findet die Verhandlung vor dem Schwurgericht statt. Die für entwendet gehaltenen Aktenstücke der Marinekommission sind in einem Aktenschrank der Kammer wieder gefunden worden.

Paris, 18. Januar. (B. Z. V.) Die sozialistischen Abgeordneten erlassen ein Manifest, in welchem sie das Land aufordern, denen zu misstrauen, die unter der Flagge des Antinationalismus einen Theil der Bürger zu Gunsten des anderen aus seinem Bestande vertreiben wollen, und in dem sie vor der Militärföhrung warnen.

Petersburg, 18. Januar. (B. Z. V.) Im Loganroger Bezirk sind in der Grube der Denezar Gesellschaft infolge von einer Gasexplosion vierzig Arbeiter getödtet und achtzehn verwundet worden.

London, 18. Januar. (B. Z. V.) Der Postdampfer „Deutschland“ aus Wlissingen gerieth in der letzten Nacht im Nebel bei der Einfahrt zum Medwayflusse auf Grund. Ein aus Eberneck abgesehnter Regierungsdampfer konnte wegen des niedrigen Wasserstandes der „Deutschland“ nicht nahe genug kommen. Erst am Morgen nach eingetretener Fluth gelang es dem Regierungsdampfer, die Passagiere und die Postkisten von „Deutschland“ abzunehmen, worauf er dieselben nach Queenborough beförderte. Der Schiffszug hatte dort nahezu 12 Stunden gewartet. Die „Deutschland“ wurde morgens anscheinend unbeschädigt flott gemacht.

London, 18. Januar. (B. Z. V.) Wegen der Ausbreitung der Pest hat die indische Regierung um die weitere Entsendung von 8 Mergeln, 8 Mergeln und 25 Pflegerinnen nach Indien ersucht.

Santon, 18. Januar. (B. Z. V.) Bei dem Orte Langhen ist der deutsche Missionar Gomeyer, von der Station Namjung der Berliner Mission, beraubt und verwundet worden. Auf Intervention des hiesigen deutschen Konsuls hat der Generalgouverneur sofort telegraphisch die nöthigen Maßnahmen zur Sühnung des Vorfalls getroffen.

Reichstag.

19. Sitzung, Dienstag, den 18. Januar 1898.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Präs. v. Quol eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Spezial-Gesetzes des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Sp.): In einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“ ist heute morgen ausgeführt worden, daß es nicht zu verstehen sei, warum der im „Vorwärts“ abgedruckte Erlaß geheim gehalten worden sei. Solche Feststellungen seien doch eine selbstverständliche Pflicht der Regierung. Der Meinung bin ich auch, daß weit in die liberalen Parteien hinein, nicht nur bei der konservativen Partei, ist man der Ansicht, daß wir dringend eines Schutzes der arbeitwilligen Arbeiter bedürfen. Als das Sozialistengesetz bestand, bedurfte es solcher Bestimmungen nicht, da der kleine Belagerungsstand verhängt werden konnte. Da aber das Sozialistengesetz zu einem Bedauern nicht erneuert worden ist, ist es doch natürlich, daß die Stimmung in weiten Kreisen des Volkes dahingehet, daß entsprechende Schutzbestimmungen für die freiwilligen Arbeiter notwendig sind. Die Regierung, die doch diese Stimmung kennen mußte, war einfach verstockt, Erhebungen anzustellen.

Wenn der Abg. Wurm behauptet, die Arbeiter hätten bei uns keine Koalitionsfreiheit, so ist das eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Gerade die Tätigkeit der englischen Gewerkschaften, die die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie sichern, müßte uns davon abhalten, diesem Beispiel zu folgen, da sonst noch weite Kreise der Arbeiter, die heute der Sozialdemokratie noch fern stehen, in Abhängigkeit von dieser kommen würden. Aber wie kann man daraus folgern, daß die ganze Sozialreform stillstehen soll? — Die Sozialdemokraten führen immer eine fast übermäßige Sprache, daß die nächsten Wahlen ihnen einen großen Stimmengewinn bringen würden. Das ist möglich, aber davon hat nur das Fortfallen des Sozialistengesetzes schuld. Warum sagen denn die Sozialdemokraten immer, daß gerade das Sozialistengesetz ihnen die Wählermassen zugeführt habe, wenn erst nach dem Aufhören desselben das große Wachstum der Sozialdemokratie begonnen hat? Der zweite Grund für das Anwachsen der Sozialdemokratie ist freilich der sozialistische Kurs zu Zeiten des Ministers v. Bodelschwingh, wo wir von den Ministern Reden hörten, die sich mit den Ausführungen der Sozialdemokraten fast durchweg deckten. Drittens ist die Veranlassung der schwere Niedergang der Landwirtschaft. Trotz alledem halte ich die Gefahr, die uns von der Sozialdemokratie droht, für nicht so bedeutend. Wir dürfen sie aber nicht so behandeln wie alle anderen Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen. Hat sich die Unbürgerlichkeit der sozialistischen Ideale nicht in den Konferenzen sämtlicher genossenschaftlichen Gründungen gezeigt? Wenn der Abg. Weibel sagt, das läge nur an unseren verrotteten Zuständen und werde in der kommenden Gesellschaft ganz anders sein, so kann er das doch wohl selbst nicht glauben. Das Christentum, das stark genug war, das alte Heidentum niederzuwerfen, wird auch stark genug sein, das neue zu überwinden. (Weißal rechts.)

Präsident v. Quol: Es ist ein Antrag vom Abg. Bachnide eingelaufen, der die Vorlage eines Gesetzentwurfs fordert, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt. (Wir drucken den Antrag in unserer „Politischen Uebersicht“ ab.)

Abg. Dr. Lieber (B.): Ich glaube nicht, daß bei der Veranlassung der Besprechung des Kammergesetzes Betrachtungen über das Anwachsen der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit eines neuen Sozialistengesetzes anzustellen nötig war. Gegenüber dem Abg. v. Kardorff ist aber zu betonen, daß die entschiedensten Freunde der gesetzlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie zugleich die eingetischtesten Gegner des Arbeiterschutzes sind und waren. Es ist festzustellen, daß der Abg. v. Kardorff gegen den Arbeiterschutz gestimmt hat.

Als gestern der Abg. Singer uns in so entschiedener Weise provozieren wollte, unseren Standpunkt hier kundzutun, da wurde ich lebhaft an das alte Wort erinnert: Kein Mensch muß müssen. Auch keine politische Partei muß müssen. Wenn wir in diesem Hause etwas zu sagen haben, so thun wir, wenn wir es für gut, für richtig halten. Doch wollen wir mit unserer Meinung über den Erlaß nicht zurückhalten.

Der Abg. Singer hat in seiner Rede die Sachlage so hingestellt, als ob all die Schandthaten, die nach seiner Ansicht mit der Verkümmern des Koalitionsrechtes verbunden sein könnten, auch vom Grafen Posadowsky beabsichtigt wären. Ich stimme aber mit dem Abg. v. Kardorff in der Ansicht überein, daß es sich in dem Erlaß hauptsächlich nur um Erhebungen handle. Ich will durchaus nicht leugnen, daß ich einzelnes in dem Erlaß für recht bedenklich halte (Auf: Aha!), insbesondere den Passus, der von der Aufreizung zur Arbeitseinstellung handelt. Ich gehe aber nicht so weit, wie die Abg. Wurm und Singer; ich denke, wir müssen erst die Ergebnisse jener Erhebungen abwarten; eher können ja auch die verbündeten Regierungen gar nicht mit Gesetzentwürfen kommen.

Zugegeben muß allerdings werden, daß die Verurteilung des Erlasses leicht in Verbindung gebracht werden kann mit der Ausrückung des Grafen Posadowsky, die er über die Arbeiterkoalitionen gethan, daß diese in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht nicht so notwendig seien. Was die Koalitionen mit dem allgemeinen Wahlrecht zu thun haben, das verstehen meine politischen Freunde allerdings nicht. Das eine ist eine hochpolitische, das andere eine rein wirtschaftliche Institution. Der Geist, der aus jenen Worten atmet, läßt allerdings darauf schließen, daß eine Beschränkung des Koalitionsrechtes beabsichtigt ist, und so konnte allerdings der Erlaß als ein Knebelungsversuch der Arbeiter angesehen werden. Was den Terrorismus der Arbeiter gegen Arbeitswillige anlangt, so müssen wir hier unsere Stellungnahme noch vorbehalten, bis uns die Resultate der Erhebungen vorgelegt sind. Heute aber können wir schon sagen, daß wir in dieser Frage eine absolute Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeiter für unbedingt notwendig halten. Wir wollen volle Gerechtigkeit für Arbeiter, wie für Unternehmer. (Bravo im Centrum.)

Am 21. und am 23. April 1891 haben meine politischen Freunde gegenüber den Abänderungsvorschlägen zu § 153 der Gewerbeordnung so nachdrücklich Stellung genommen, daß es wirklich überflüssig ist, uns jetzt noch nach unserer Haltung zu fragen. Unter den 142 Stimmen, die damals jene Verschärfungen ablehnten, befanden sich 81 Stimmen des Centrums. Wir sind es, denen Sie diese Ablehnung zu verdanken haben. (Zuruf von Singer: Die Hauptsache ist aber, was Sie 1899 thun werden!) Nun, meine Herren, es sind noch genau dieselben Männer da, die damals ablehnten. Zeigen Sie mir nur einen einzigen, der auf der Ja-Seite stand. Nein, wir werden jeder Einbändern der Koalitionsfreiheit entgegengetreten, wenn wir auch zusehen werden, wie man dem Terrorismus gegen Arbeitswillige entgegengetreten kann. Der beste Schutz gegen Kontraktbruch liegt aber unseres Erachtens in den Arbeiter-Organisationen. Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten), haben nicht das Recht, auf uns mit Steinen zu werfen. Sie sitzen im Glashaufe. Ihre politischen Freunde im Lande sind ja Zuhilfenahme der christlichen Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig! links.) Was dem einen recht ist, sollte aber dem andern billig sein. Wir fragen noch heute: Wer treibt den meisten Mißbrauch mit der Koalition, die Gewerkschaften oder die sogenannten Wälder? (Weißal im Centrum.)

Abg. Osann (nall.): Ich finde, daß der Erlaß des Grafen Posadowsky etwas ganz natürliches ist. Das Interesse der Arbeiter kann doch nicht allein entscheidend sein. Es giebt noch andere zahlreiche Klassen der Bevölkerung, die geschützt werden wollen. Denkt

man an den großen Hamburger Streik, an den Mauerausstand in Leipzig und an die Ereignisse, die dort vorgekommen sind, da muß man doch sagen: Soll man gegenüber diesem Terrorismus wehrlos sein? Auch die Geheimhaltung des Erlasses betrachte ich durchaus als selbstverständlich, ebenso, daß keine anständige Zeitung einen solchen vertraulichen Erlaß publizieren dürfte. (Zuruf von Singer: Das werden aber alle thun!) Die Sozialdemokratie mit ihrem gewaltthätigen Vorgehen ist es, die andere ruhige Leute zwingt, denselben Weg der Gewalt zu gehen. Gewaltthätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber nicht nur, auch gegenüber dem anderen Arbeiter, der arbeiten will, — das ist doch nicht die Freiheit, die Sie predigen, das ist eine verkehrte Freiheit. Der Erlaß ist ganz gerechtfertigt. Das bloße Aufstellen von Streikposten z. B. kann ja nicht verwehrt werden; es kommt nur auf die Art und Weise der Verwendung an. Wir werden die Koalitionsfreiheit nicht beschränken und beschränken lassen, aber wir werden, wenn das Material die Notwendigkeit erweisen sollte, Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Koalitionsfreiheit zu fassen.

Abg. Bachnide (fr. Sp.): Auf den Erlaß des Grafen Posadowsky haben meine Freunde und ich unsern Antrag gebracht, der die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit aufheben soll. Auf den Erlaß waren wir gefaßt; er lag in der Luft. Wenigstens den Grundgedanken unseres Antrages müssen alle Parteien unterstützen, die auf dem Boden des freien Koalitionsrechtes stehen. Auch die Einzelheiten müßten die Zustimmung der Mehrheit finden. Der § 153 ist so ausgelegt worden, daß die Vereinbarungen sich nur auf konkrete Fälle beziehen sollen. Sobald sie auf das allgemeine sozialpolitische Gebiet übergehen, sind sie dem Reichsrecht entzogen und dem Partikularrecht mit seinen vielen Fingerringen überliefert. Dieser Zustand soll aufhören. Ferner soll den Vereinen, die bestimmt sind, Berufsinteressen zu vertreten, Rechtsfähigkeit verliehen werden. — In bezug auf den Erlaß finden wir es im Gegensaß zum Vorredner nicht natürlich, bei der gegenwärtigen Lage die dort angedeuteten Bestimmungen einzuführen. Es wäre die Gefahr vorhanden, daß unter dem Vorwande der Bekämpfung von Ausschreitungen die Arbeiter des Rechts, von der Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen, beraubt würden, sodas die Arbeiter zwar dieses Koalitionsrecht hätten, aber nicht davon Gebrauch machen dürften. Deshalb war der Erlaß ein Fehler. Der eigentlich innerste Grund für das Wachsen der Sozialdemokratie liegt darin, daß die Sozialdemokratie an das einseitige Klasseninteresse der breitesten Schichten des Volkes sich wendet und es aufreizt, und darin besteht die Gefahr der Sozialdemokratie am meisten. — Ich habe nicht den Eindruck, als ob der Herr Staatssekretär mit seinem Vortrage gestern beim Centrum Glück haben würde. Der Redner desselben ließ zwar die Frage offen, ob es nicht auf Grund des nachgewiesenen Bedürfnisses keinen Änderungen zustimmen würde; aber er hat mit großer Energie darauf hingewiesen, daß die Vorlage grundsätzlich die volle Parität wahren müßte. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Nationalliberalen mit den freikonservativen Arm in Arm gehen würden. Wir haben alle Veranlassung, in der Ausdehnung der Macht der Polizei so vorsichtig wie möglich zu verfahren, sonst bekommen wir den Polizeistaat, aus dem wir herauswollen. Der Herr Staatssekretär aber will die Polizei nur nicht zum Schutze der Arbeiter, sondern nur dann, wenn es gegen die Arbeiter geht. — Die Anwendungen der neuen Paragraphen würde die denkbar härteste sein; schon jetzt werden Erkenntnisse gefaßt, die mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes durchaus nicht im Einklang stehen. Ich kann das nicht für so günstig halten, was der Herr Staatssekretär gutheißt, daß sich unser Richterstand fast ausschließlich aus den sogenannten besten Familien rekrutiert. Auch die Auslegungen von dem Abg. Singer schon angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuches ist heute schon sehr hart; diese gewähren mindestens genügenden Schutz gegen etwaige Ausschreitungen Streikender. In England hat die vollständige Koalitionsfreiheit sehr gute Wirkungen gezeigt. Das Koalitionsrecht ist das vornehmste Stück der Rechte des Arbeiterstandes. Selbst von den Sozialdemokraten ist gesagt worden, es wäre das einzige hübsche Kind des Liberalismus. Ich kann da nur hinzufügen, daß es nicht das einzige ist. Sie reden von den verderblichen Wirkungen der Streiks so, als ob so ein Zustand das Werk einiger böser Verführer sei; nein, dem ist nicht so, die Zustände sind eine bittere soziale Nothwendigkeit. Das Koalitionsrecht ist die vornehmste Waffe des Arbeiters; nur wenn dem Arbeiter durch das Recht der Selbsthilfe gesunde Ziele gegeben werden, dann wird die Entwicklung der Sozialdemokratie vom radikalen Kommunismus zu einer demokratisch-sozialen Partei ungeführt und schnell sich vollziehen. Die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit sollte also die wichtigste Aufgabe aller einsichtigen Politiker sein. Wir hoffen daher, daß Sie unseren Antrag annehmen werden. (Weißal links; Hoch rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Stollberg (kon.): Auch ich bin dafür, daß die Koalitionsfreiheit nach beiden Seiten aufrecht erhalten wird. Aber ich glaube, daß wir die Zeit unnütz vergeuden. (Große Heiterkeit.) Es liegt ja gar nichts vor, worüber man debattieren könnte. (Heiterkeit, Widerspruch); bei dem Erlaß handelte es sich ja nur um eine Umfrage; und daß diese notwendig war, beweist der Umstand, daß, wie der Abg. Lieber ja auch zugegeben, thatsächlich Ausschreitungen gegen Arbeitswillige vorgekommen sind. Was den Antrag des Abg. Bachnide anlangt, so bin ich nicht der Ansicht, daß er ein Mittel gegen die Sozialdemokratie darstellt; es hätten ihn sonst wohl kaum Sozialdemokraten mit unterschrieben. (Weißal rechts.)

Abg. Dr. Schneider (fr. Sp.) der englischen Fabrikinspektion hin und drückt den Wunsch aus, daß dem Reichstage die ausführlichen Berichte der Fabrikinspektion zugänglich gemacht werden, nicht nur die übliche Zusammenstellung in Tabellenform, aus der man sich über verschiedene Spezialfragen nicht genügend informieren könne. Der Umstand, daß die Berichte sehr umfangreich seien, könne gegen ihre ungezügelt veröffentlicht nicht angeführt werden. Redner hofft, daß sein Wunsch erfüllt werden und meint, daß an Stelle des Rundschreibens des Ministers es zweckmäßiger gewesen wäre, eine Konferenz der Fabrikinspektoren über diese Frage zu hören. Die freisinnige Partei habe bereits im Jahre 1891 gegen die Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung gestimmt; sie halte in keiner Weise den Beweis für erbracht, daß die Verhältnisse sich gegen das Jahr 1891 verändert hätten und würden aller Voraussicht nach gegen jede Verschärfung des Koalitionsrechtes stimmen. Im Gegentheil: das Koalitionsrecht müsse ausgedehnt werden. Vor allem müsse die Bestimmung fallen, daß Frauen an politischen Vereinen nicht teilnehmen dürften; denn diese Bestimmung werde gegen die Koalition der Arbeiterinnen auf gewerkschaftlichem Gebiete ausgeüht. Ebenso müsse das Verbindungsverbot für politische Vereine beseitigt werden; hier bestiehe gegenwärtig thatsächliche Ungleichheit. Den Berufsvereinen müßten, wie es ein alter Antrag der freisinnigen Volkspartei verlange, Korporationsrechte verliehen werden. Dadurch werde auch ein weiteres Wachstum der Sozialdemokratie aufgehalten, die entstanden sei aus der berechtigten Unzufriedenheit weiter Volkskreise. Grundverkehrt sei der Vorschlag des Abg. v. Kardorff, den Weg der Ausnahmeregulierung zu beschreiten. Dadurch würde nur die alte Leidenschaft der Partei zum Kampfe gegen die bestehende Staatsordnung neu angefaßt werden. Gerechtigkeit gegen den Arbeiter sei die sicherste Politik. (Bravo bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Legien (Soj.): Ich glaube gern, daß der Abg. Graf Stollberg die Erörterung des Posadowsky'schen Rundschreibens für überflüssig erachtet. Er und seine Partei sind ja von vornherein bereit, die Regierung bei jeder Maßnahme auf diesem Gebiete zu unterstützen. Und ist der Erlaß aber bedeutungslos; wir glauben, daß gar nicht genug Protest dagegen erhoben werden kann. Den Herren der

Rechten ist er natürlich nichts besonderes; Herr v. Kardorff wunderte sich nur, daß ihn die Regierung als vertraulich bezeichnet hat. Die Regierung wird wohl wissen, weshalb sie ihn als vertraulich bezeichnet hat. Sie weiß genau, daß wenn der Erlaß vor der Zeit bekannt wird, ein Sturm der Entrüstung unter der nicht reaktionär gefühlten Bevölkerung ausbrechen müßte, der sie an der Ausführung ihrer Absichten hindern kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kardorff hat dann weiter behauptet, die Sozialdemokratie sei gewachsen, weil das Sozialistengesetz aufgehoben wäre. Nun, im Jahre 1874 hatten wir 352 000 Stimmen, im Jahre 1890 noch unter dem Sozialistengesetz aber 1 427 000 Stimmen. Ich weiß nicht, wie diesen feststehenden Thatsachen gegenüber Herr v. Kardorff seine Behauptung aufrecht erhalten will. Daß auch ein neues Sozialistengesetz die Zahl unserer Anhänger nur vermehren würde, dessen können Sie sicher sein. Als weiteren Grund für die Ausbreitung der Sozialdemokratie nannte Abg. v. Kardorff die Nothlage der Landwirtschaft. Ich wundere mich nur, daß er nicht auch die Geldwährung dafür verantwortlich gemacht hat. (Heiterkeit links.) Er hat es vermutlich nur vergessen. Der Abg. Lieber meinte, das Centrum sei überhaupt nicht geneigt, zu dem Erlasse Stellung zu nehmen. Er hat allerdings recht; kein Mensch muß müssen. Wenn die Herren vom Centrum über den Erlaß nicht reden wollen, so mögen sie es eben lassen. Die Arbeiterfreie, die ihnen noch anhangen, werden freilich darüber anderer Meinung sein; ihr Uebertritt zur Sozialdemokratie wird so wie so kommen, aber diese Entwicklung würde noch schneller verlaufen, als das Centrum es wünscht, wenn es bei dieser Gelegenheit geschwiegen hätte. Der Abg. Lieber hat aber geredet; freilich eine bestimmte Erklärung hat er nicht abgegeben; seine Ausführungen haben die Sache sehr im Dunkeln gelassen. Der Hinweis auf die Haltung des Centrums im Jahre 1891 ist keine Garantie für das, was im Jahre 1899 geschehen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Lieber hat den Erlaß als harmlos bezeichnet, weil es sich nur um Erhebungen handle. Für so harmlos betrachten wir ihn nicht. Die Regierung weiß schon, was sie will. Daß sie das Koalitionsrecht beschneiden will, sieht fest; sie braucht nur ein Dekretationsstück, um diese Absicht vor der Öffentlichkeit zu demanteln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu braucht sie die Erhebung. Und deshalb begrüßen wir die Durchführung dieser Absicht durch die Publikation mit Freuden. Gewiß, die auf dem Papier stehende Koalitionsfreiheit will Graf Posadowsky den Arbeitern auch in Zukunft lassen. Die Vernichtung der Gewerkschaften soll aber auf einem Hinterwege erreicht werden. Sie werden die Arbeiter-Organisationen so drangsaliert, daß ihnen die Arbeiter aus Furcht nicht beitreten. Auf der einen Seite die Unternehmer, die die Zugehörigkeit zu einer Organisation durch Entlassung abtun, auf der anderen Seite die Regierungsgewalt mit ihren Strafandrohungen; so soll den Arbeitern das bisherige Koalitionsrecht geraubt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ja selber gesagt, Graf Posadowsky: Wir haben die Macht und werden sie rückhaltlos anwenden. Was thun Sie jetzt denn anders? Ob Sie damit freilich Vertreter des Christentums sind, das da lehrt „Liebet Euren Nächsten und liebet Eure Feinde“ ist eine ganz andere Frage.

Wie sieht es denn aber mit den angeblichen Ausschreitungen? Herr v. Stumm hatte wieder einmal sein Material nicht bei sich. Schade, es wäre doch sehr wünschenswert, dieses Material einmal sehen zu lernen. Stellen Sie doch die Zahl der Verurtheilten der Zahl der Streikenden gegenüber. Die Zahl der Verurtheilten ist ganz verschwindend gering. Die Verurtheilungen sind erfolgt, weil die Leute Posten gestanden haben oder weil sie zu Arbeitern gesagt haben: Unsere Achtung habt Ihr verloren. Ist das letztere aber nicht menschlich begreiflich? Wenn alle Arbeiter sich ledigen jungen Leuten gegenüber so äußern, die nun ihre lange innegehabten Stellen einnehmen, Leuten gegenüber, die nicht das geringste Verständnis für wirtschaftliche Kämpfe haben. Die Strafen sind oft drakonisch gewesen. In Lübeck ist ein Arbeiter zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er zwei Arbeitern die Arbeitszeit gestrichelt hat. Eine Verschärfung der Strafen ist also wähehlich nicht notwendig. Darum dreht es sich aber auch nicht bei dem Erlaß, es handelt sich um Vernichtung des Koalitionsrechtes. Aber noch ein anderes! Ausschreitungen sind da vorgekommen, wo entweder keine Organisationen bestanden oder die Arbeiter der Organisation nicht angehörten. Die Organisation ist das sicherste Mittel, Ausschreitungen zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Organisation erzieht ihre Mitglieder, sie macht ihnen klar, daß die Streifbreche nicht aus Milderthätigkeit, sondern aus Unwissenheit handeln. Wer also verantwortlich dafür ist, daß die Organisationen der Arbeiter sich nicht ausbreiten können, der ist auch für die Ausschreitungen verantwortlich. (Sehr richtig, links.) Herr v. Posadowsky hat sich dagegen verwahrt, der Kommiss des Unternehmertums zu sein. Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz richtig, der zutreffende Ausdruck aber ist nicht parlamentarisch. Wer aber dem Unternehmertum Dienste leistet zur Unterdrückung der Arbeiter, der verdingt sich an der Kultur. (Wachen rechts.) Denn die Gewerkschaften sind nicht immer Streifvereine, sie haben auch eine kulturelle Bedeutung. Sie haben durch Herausgabe von Schriften das geistige Niveau der Arbeiter, sie gewähren den Mitgliedern Rechtschutz, zahlen Gemapregelten, Arbeitslosen, Kräfte, Invaliden-Unterstützung und geben für alle diese Zwecke jährlich über anderthalb Millionen Mark aus. Derjenige, der solchen Organisationen an den Kragen geht und sich in den Dienst des Unternehmertums stellt, verdingt sich — ich wiederhole es — an der Kultur, er hindert die Arbeiter daran, eine höhere Kulturstufe zu erreichen. Ist denn eine urtheilslose Arbeitermasse oder eine urtheilsfähige Masse eine bessere Staatsfähige? Warum hat Graf Posadowsky nicht Material über die Ausschreitungen von Unternehmern und Beamten gegen Arbeiter eingefordert? Er hätte erfahren, wie viele Beamte Arbeiter unter Mißbrauch ihres Amtes drangsalierten. Ich erinnere hier nur an den Fall des Bürgermeisters von Stahfurt, der heute noch in Amt und Würden ist, der durch Androhung polizeilichen Zwanges die Mitglieder des Gewerkschaften einforderte, um sie dann den Unternehmern zugänglich zu machen. Herr Graf Posadowsky hat sich gestern so sehr über die Entwendung von Aktenstücken aufgeregt, dieser Mißbrauch von Aktenstücken sollte ihm noch mehr zur Entrüstung Anlaß geben. Ich erinnere an den im Hirschbrager Kreise vorgekommenen Fall, wo Bendarm, Amtsvorsteher, Landrath sich bemüht haben, einen Arbeiter aus Lohn und Brot zu bringen, bloß weil dieser nicht die amtlich geachtete politische Gesinnung hatte. Wollte Graf Posadowsky diesen Mißbrauch der Beamten einmal feststellen, er würde sich ein Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erworben. Graf Posadowsky theilt mit, daß sein Erlaß so ziemlich den Wünschen einer Jüngung entspreche. Handelt es sich etwa um die Baugewerks-Jüngung? (Graf Posadowsky bekräftigt es.) Dann sollte sich der Herr Staatssekretär doch überlegen, welchen Nutzen er die Wünsche erfüllt. Gerade im Baugewerbe werden die Arbeiter am räckschlichsten behandelt, an der Organisation verhindert, weil unmorganisierte Arbeiter den Bauhandwerkern nicht so auf die Finger sehen. Graf Posadowsky macht sich also indirekt zum Förderer des Bauhandwerkes und aller seiner Begleiterscheinungen. (Wachen rechts, Sehr richtig! links.)

Mit dem Herrn v. Stumm über diese Fragen zu diskutieren, ist sehr überflüssig. Er ist der Ansicht, daß jede freie Regierung der Arbeiterchaft rückwärts zu unterdrücken ist, ihm ist jeder Streik nichts anderes als ein Verbrechen und als solches zu bestrafen. Er ist mindestens ein Jahrhundert zu spät geboren. (Heiterkeit.) Zu der Zeit, wo die Demokratie immer weitere Fortschritte macht, wo die Arbeiterchaft nicht mehr als willenloser Sklave allen Anforderungen der Unternehmer folgt, ist eine solche An-

Schauung nicht mehr am Platze. Ich muß mich nur darüber wundern, daß eine Regierung, die angeblich an der Spitze eines Staates steht, der auf dem Gebiete der Kultur vorangeht, solche Ansichten zu den ihrigen macht. Daß die englischen Arbeiter die Fabriken im Kollektivbesitz haben, ist leider noch nicht wahr. Aber es wird dahin kommen. So sicher wie der Absolutismus der Konstitution weichen mußte und diese wieder der Republik und Demokratie weichen müssen, so sicher wird auch auf dem Gebiete der Fabrikation der Absolutismus der Fabrikherren der Konstitution weichen müssen. Der Fabrikherren wird es sich gefallen lassen müssen, neben sich eine Vertretung der Arbeiterschaft zu haben, die mitzubestimmen hat, und diese konstitutionelle Fabrik wird abgelöst werden von der demokratisch-sozialistischen. Das werden Sie nicht hindern können, auch wenn Sie den Versuch machen, das Koalitionsrecht noch weiter einzuschränken. Sie mögen die strengsten drakonischen Maßregeln ergreifen. Sie hindern den Entwicklungsgang nicht, er geht über Ihre Köpfe hinweg. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nun aber hat der Hr. v. Stumm von dem Terrorismus der Arbeiter gesprochen und von den Ausschreitungen, die bei Streiks vorgekommen wären. Wenn im Hamburger Hafenarbeiter-Streik, den er erwähnt, Ausschreitungen vorgekommen wären, so wäre das leicht verständlich, da es sich um Arbeiter handelte, die noch nicht durch die Schule der Organisation gegangen waren. Es ist aber gar nicht einmal der Fall. Lesen Sie doch, was Herr Prof. Tönnies darüber im „Archiv für soziale Gesetzgebung“ gesagt hat! Die Arbeitgeber haben einfach die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet, um bei jeder Gelegenheit auf die Streikenden zu schießen. Und was waren diese Arbeitswilligen? Gestand ist nach Hamburg gekommen. (Widerspruch rechts.) Wir haben diese Leute lieber nicht zu überreden versucht, die Arbeit niedergulegen, die konnten wir den Arbeitgebern ruhig lassen. Und solche Leute hat der Unternehmerverband mit Revolvern ausgerüstet! Wenn Sie also etwas gegen den Terrorismus sagen wollen, dann wenden Sie sich an das Unternehmertum, dessen Interessen Sie vertreten! Ebenso hat man die Streikbrecher bei dem Streik in der Waggonfabrik in Duisburg mit Schlagringen ausgerüstet. Es ist noch nicht vorgekommen, daß Streikende, die organisiert waren, noch aber daß Streikbrecher ihre Gegner todtgeschlagen oder mißhandelt haben. (Widerspruch rechts.) In Lübeck haben die Unternehmer die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet und einer der Streikbrecher hat dann ganz ohne Ursache in einem Hause von Streikenden hineingeschossen! Wenn Hr. v. Stumm anspricht, daß in Torgelow ein Streikbrecher erschlagen worden ist, so wollen wir doch erst das Resultat der Untersuchung abwarten. Wenn dabei der Unternehmer lange von den Gewerkschaften drangsalirt sein soll, so ist das einfach nicht wahr; eine Gewerkschaft hat dort garnicht vorher bestanden; sobald sie sich im November vorigen Jahres bildete, kam der Unternehmer und verbot den Arbeitern, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Sie haben nicht die geringste Ursache, dem Terrorismus der Arbeiter vorzugeben. Leben denn die Arbeitgeber nicht Terrorismus aus gegenüber ihrerseits? Haben die Unternehmer nicht außerhalb des Verbandes Strehende gezwungen, in den Verband einzutreten? Das ist Terrorismus und garnicht anders, da sollten Sie uns doch ungehorsam lassen!

Zum Schluss kann ich bemerken, daß ich auch andernfalls einmahl mit dem Freiherrn von Stumm übereinstimme. Er sagte gestern: Er wollte die Arbeiter davor bewahren, daß ihnen von gewissen Wutsängern die Grofschen aus der Tasche gezogen würden. Das sage ich auch, ich sehe nämlich voraus, daß er die hiesigen Kapitalisten Deutschlands gemeint hat. (Lachen rechts.) Es wundert mich nur, daß er dann nicht die Staatsgewalt zum Schutze der Arbeiter anruft. Oder ist es nicht so? Meint er etwa uns, die für die Interessen der Arbeiter eintreten? Dann ist es aber doch ganz sonderbar, daß die anwesenden Agitatoren immer noch arm sind. Woher hat denn aber der Hr. v. Stumm seine Millionen? Hat er sie nicht aus den Knochen der Arbeiter herausgezogen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Reichsregierung hat den Unternehmern bereits so großes Entgegenkommen bewiesen, daß es an der Zeit wäre, wenn hierin einmal Halt gemacht würde. Der Abg. Lieber hat von dem Terrorismus gegenüber den christlichen Gewerkschaften gesprochen. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht danach fragen sollten, welche religiöse oder politische Ueberzeugung jemand hat. Wenn Differenzen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den anderen bestehen, so liegt das daran, daß seitens der Vertreter des Zentrums oder der christlichen Gewerkschaften der Versuch gemacht wird, in diese rein ökonomische Bewegung religiöse Momente hineinzutragen. Da wird von der Kanzel herab gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften gepredigt, da wird systematisch geheßt, anstatt daß diese Herren sich sagen: wollen wir eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter erringen, dann darf es keine solchen Unterschiebe geben. Statt dessen kommen Sie und gründen Sonderorganisationen. Sie hindern damit die Arbeiterschaft und brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Ihnen nichts zu schaffen haben wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vielleicht kommt der Herr Staatssekretär auch einmal zu einer anderen Meinung, ebenso wie der frühere Minister Herr v. Werlesch. Wenn man sich fortwährend von dem Unternehmertum in dieser Weise gedrängt sieht, muß man ja schließlich einen Stel vor diesen Zweiden bekommen. Möchte er nur zu einer anderen Ansicht kommen, so lange er noch Minister ist und sie dann frei ansprechen! Dann wird er sich ein größeres Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erwerben, als wenn er sich fortgesetzt von dem Unternehmertum drängen läßt, die Arbeiterschaft zu drangsaliren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung. Persönlich bemerkt Abg. Hr. v. Stumm: Der Abg. Begien hat gesagt, hoffentlich hätte ich mit den Wutsängern, von denen ich gestern sprach, die Kapitalisten gemeint. Ich verstehe unter Wutsängern nicht die Kapitalisten, die zum Wohle der Arbeiter die Fabriken leiten, sondern die Personen, die den Arbeitern die Grofschen aus der Tasche ziehen und die hochdotierten Stellen der Sozialdemokratie besetzen, um dort ein bequemes Wohlleben zu führen. Die häufigen Anträge auf den Sozialistenkongressen, das Höchstgehalt auf 3000 M. festzusetzen, geben die beste Illustration hierzu.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 19. d. Mts., 2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung des Zentrumsantrages auf Verschärfung bestimmter Paragraphen des Strafgesetzbuches (10x Heine.) Antrag Baasche und Senffens auf Bestätigung des Sacharins und anderer künstlicher Süßstoffe. (Schluß 3/4 Uhr.)

Abgeordnetenhause.

4. Sitzung vom 18. Januar 1898, 2 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, v. d. Neke, Thiele, v. Hammerstein und zahlreiche Kommissarien.

Der Präsident teilt mit, daß bei der Konstituierung der Kommissionen der seltene Fall eingetreten ist, daß ein Mitglied des Hauses den Vorsth in einer Kommission 25 Jahre inne hat. Es ist dies der Abgeordnete Virchow, der im Herbst 1872 zum Vorsitzenden der Rechnungs-Kommission gewählt ist und neben seinen vielen sonstigen Geschäften noch immer Zeit gefunden hat, den Vorsth in der Rechnungs-Kommission zu führen, die ihre Angelegenheiten stets zur Zufriedenheit des Hauses geführt hat. Er spreche dafür dem Abg. Virchow den besonderen Dank des Hauses aus. (Bravo!)

Sodann geht das Haus die erste Staatsberatung fort. Abg. v. Guerners (natl.): Wir haben beidemäßig viel Geld! Der Finanzminister legt ein Juliusbüchlein nach dem anderen an, um es unserer konstitutionellen und verfassungsmäßigen Verfügung zu entziehen. Die laut gewordene Befürchtung von einem Niedergange der wirtschaftlichen Entwicklung sei doch wohl nicht ganz begründet. Der Industrie siehe ein

neuer Aufschwung bevor durch die neuen, dank der Tüchtigkeit unserer Diplomatie mit China angeknüpften Handelsbeziehungen und durch die Umwandlung der Dampfkraft in Elektrizität. Sehr schwer aber ist der Druck der direkten Steuern. Die Selbstdarstellung wird illusorisch durch die zahlreichen Beanstandungen. Die Veranlagungskommissionen organisieren ein Spionier-System über das ganze Land. Das hat das Gesetz aber nicht gewollt und es wäre Zeit, wenn der Minister dem Eifer seiner Beamten ein Ziel setzte. Den Eisenbahn-Minister kann man für die Unfälle im vollen Umfange gar nicht verantwortlich machen, denn überall, wo er Geld ausgeben will, steigt ihm der Finanzminister auf den Buckel. (Heiterkeit.) Die beklagenswerten Vorkommnisse bei der Polizei ereignen sich auffälliger Weise hauptsächlich bei den lgl. Polizeiverwaltungen in Köln, Frankfurt, Berlin, was auf Mängel in diesen Organisationen schließen läßt. Bei den Kommunal-Polizeiverwaltungen finden strengere Kontrollen statt. Bedenklich sei die Wiedererrichtung der Botschaft beim Vatikan. Die Interessen von Industrie und Landwirtschaft sind nicht einander feindlich; sie werden auch bei den künftigen Handelsverträgen gemeinsam zur Geltung gebracht werden können trotz des agitatorisch dargestellten Gegen-satzes beider Interessen.

Minister Dr. v. Miquel: Daß es an geeigneter Verwendung für unser „vieles Geld“ fehlt, wie Herr v. Guerners es darstellte, ist doch nicht richtig. Daß die Schuldentilgung von 2/3 pCt. bei einer Schuldenlast von 7 Milliarden eine erhebliche wäre, ist doch nicht richtig. Auf den wirtschaftlichen Aufschwung allein kann man da nicht hoffen. Vorsicht ist besser als Nachsicht. Unsere Steuern sind lange nicht so hoch als in anderen Staaten, auch die direkten nicht. Daß Mißgriffe bei der Veranlagung vorkommen, kann ich so wenig verhindern, wie der Minister des Innern Mißgriffe einzelner Beamten. Wo aber begründete Beschwerden erhoben werden, habe ich Abhilfe geschaffen. Die neue Einkommensteuer würde bald wieder die Uebel der alten zeigen, wenn wir nicht strenge Kontrollen übten. Wir wissen doch, daß 40 Millionen gleich im ersten Jahre mehr ausfallen, wo waren denn die bis dahin? Man macht sich für die Eisenbahn-Verhältnisse verantwortlich. Ich habe einen breiten Rücken und lasse das über mich ergehen. Aber Herr Richter selbst sagte, wenn die Eisenbahnen verstaatlicht werden, dann werde man auch recht viel aus ihnen für den Staat heraus schlagen. In ihren Kommunen wirtschaften auch die Herren selbst ziemlich hohe Ueberschüsse heraus. (Auf: Die waren uns auch versprochen.) Ja wenn mir das versprochen wäre, so hätte ich es nicht geglaubt. (Heiterkeit.) Ich hätte sie auch gar nicht gewollt. Die Botschaft beim Vatikan unterhalten wir doch nicht bloß des Papstes, sondern auch unserer katholischen Mitbürger wegen. Mit den Beamtengehältern kann man ja schwerlich alle Leute zu zufriedenstellen, am wenigsten so kurz vor dem Schlusse der letzten Session und vor den Wahlen. (Heiterkeit.) Bedauerlich sind die Vereinigungen der Beamten, die nur die Agitation um Gehaltserhöhung zum Zweck haben und aus unseren zufriedenen und tüchtigen altpreussischen Beamten eine gefährliche Klasse machen. (Beifall.) Die Medizinalreform hat schon vor ihrem Erscheinen viel Aufsehung erfahren, die Vorlage wird aber trotzdem dem Hause zugehen. Auch das Kommunal-Wahlgesetz anlangend, hätten wir eine Vorlage wohl machen können, doch schien es uns zweckmäßiger, die Reformen zu verschieben und bei den nächsten Wahlen zu beobachten, wie das staatliche Wahlrecht durch die Steuerreform beeinflusst wird; wir werden dann die Wahlgesetze in Angriff nehmen. Wenn wir unsere Schulen, unsere Zucht, unsere Finanzen, das landesväterliche Regiment bei uns mit den Verhältnissen in anderen Staaten vergleichen, so haben wir wohl Anlaß zu freudigen zu sein und sollten das auch hier zum Ausdruck bringen. (Beifall.)

Abg. Mosty (Pole): Wir hätten nicht erwartet, daß nach der einstimmigen Beurtheilung der Anfechtungspolitik im Reichstage noch einmal ein erneuter Versuch in dieser Richtung gemacht werden würde. Diese ganze politische Richtung hat sich als undurchführbar erwiesen. Wir haben uns freudig als Bürger des neuen Reiches gefühlt, aber wir sind enttäuscht, denn das Reich führt einen Verwundungskampf gegen uns. Die Vorgänge in Oesterreich sollten es doch auch den Empfindungen der Deutschen näher bringen, was es heißt, den Vernichtungskampf gegen eine in der Minderheit befindliche Nation zu führen. Mit Rücksichtslosigkeit wird von dem H. R. L. Verein dieser Kampf gegen uns geführt. Wir aber folgen dem Rufe des Kaisers: Auf zum Kampfe für Religion, Wohlfahrt und Sitte, und widerstreben, wenn man uns zumüthet, Heimath, Sprache und Vaterland zu vergessen.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Fortsetzung der Debatte. Schluß 5 Uhr.

Oberpostdirektion und bürgerliche Journalistik

Ein am 8. September vorigen Jahres veröffentlichter Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ hat dem Redakteur der letzteren, Johannes Wilberg, eine Auflage wegen Beleidigung der kaiserlichen Oberpostdirektion zu Berlin zugezogen, die heute vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Goppo zur Verhandlung gelangte. Als General v. Poddiecki zum Nachfolger v. Stephan's im Amte des Staatssekretärs des Reichspostamts ernannt worden war, gingen bald Nachrichten durch die Presse, die dem neuen Chef der Postverwaltung eine Art Harun al Raschid-Rolle zuwiesen. Es wurde beispielsweise erzählt, daß Herr v. Poddiecki, um sich über den inneren postfiskalen Dienst zu unterrichten und sich seinem Augenschein zu überzeugen, welche Reformen etwa nöthig seien, bei dem in der Pruthstraße gelegenen Postamt 19 unerkannt Beobachtungen anstelle. Dann hieß es wieder, die Oberpostdirektion habe an sämtliche Postanstalten Berlins Photographien des Herrn Staatssekretärs verteilen lassen, damit die Beamten sich die Gesichtszüge des neuen Chefs einprägen sollten. Gegen die dem Staatssekretär untergeschobene Harun al Raschid-Rolle wandte sich eine Mittheilung des Berichterstatters Alfred Lange, die von dem Postinspektor Wable — wie es hieß — inspirirt sein sollte. Herr Lange theilte mit, daß die Oberpostdirektion es ablehnen müsse, einen solchen Besuch, wie er beim Postamt 19 vorgenommen worden, als Revision gelten zu lassen. Die Oberpostdirektion komme dadurch in eine schiefe Lage. Die Oberpostdirektion möchte es vermeiden wissen, daß Beamte von Unbekannten über Dinge angefragt werden, über die nur die zuständigen Vorgesetzten in entsprechender Weise Auskunft geben können. Es müsse bedenklich erscheinen, wenn in der Postverwaltung kaufmännische Grundzüge zum Durchbruch kommen und an dem wohlgefügten bürokratischen Charakter der Postverwaltung gerüttelt werde. — Diese Mittheilung hat die „Staatsbürger-Zeitung“ zur Kritik veranlaßt. Der Artikel erklärt es für sonderbar, daß eine Behörde einen Berichterstatter zum Sprachrohr ihrer Beschwerden gegen ihren obersten Verwaltungschef macht und daß sie sich der Presse bedient, um ihrem Chef in häuslicher Weise Verhaltensmaßregeln vorzuschreiben und seine Maßnahmen abschällig zu beurtheilen. — Die Oberpostdirektion fühlte sich hierdurch nach preussischem Brauch beleidigt, da ihr unterstellt werde, gegen den Chef der Postverwaltung zu intrigiren. — Da in einem früheren Termin der Angeklagte den Wahrheitsbeweis antrat, sind zum gekrigten Termin der Staatssekretär v. Poddiecki und mehrere höhere Postbeamte geladen. — Die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Dr. Eger, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Ulrich. — Der Angeklagte erklärt, daß der Bericht des Berichterstatters Lange so gefaßt war, daß jedermann daraus entnehmen konnte, er stamme aus amtlicher Quelle. Er habe Lange als zuverlässigen Berichterstatter gekannt und keine Veranlassung gehabt, an der Mittheilung zu zweifeln. Ihm sei nichts davon bekannt gewesen, daß die Mittheilungen desselben schon von der Oberpostdirektion demontirt worden waren.

Zeuge Berichterstatter Alfred Lange bekennt, daß der Artikel, den er über die Harun al Raschid-Rolle des Herrn v. Poddiecki und die Stellung der Oberpostdirektion zu den Inognito-Revisionen an die Zeitungen gegeben, nicht als von der

Oberpostdirektion „inspirirt“ in die Welt geschickt worden sei. Er habe infolge einer kurz vorher von ihm gegebenen postfiskalen Notiz den Besuch des Postinspektors Wable erhalten, um im Auftrage der Oberpostdirektion sich nach dem Gewährsmann der Notiz zu erkundigen, nach welcher Herr v. Poddiecki unbekannt in den verschiedenen Postanstalten erscheine, um sich zu informiren. Er habe seinen Gewährsmann nicht genannt, sei aber bei dieser Gelegenheit in ein längeres Gespräch mit Herrn W. getreten. Er habe gewünscht, daß jenes Harun al Raschid-Gericht damals allgemein in postfiskalen Kreisen verbreitet war und habe sich zunächst geweigert, eine Berichtigung zu bringen, bis ihm die Unrichtigkeit nachgewiesen sei. Bei diesem Gespräch mit Herrn Wable habe dieser die verschiedenen Punkte berührt und Sentiments in die Unterhaltung geworfen, aus denen er die Ansichten der Postbehörde über derartige Inognito-Besuche entnehmen zu können geglaubt habe. Als dann plötzlich in verschiedenen Zeitungen eine Berichtigung erschien und seine Notiz als erfunden bezeichnet wurde, habe er zu seiner Rechtfertigung das, was er aus jener Unterhaltung als Ansicht der Postbehörde entnommen, in seiner Korrespondenz den Redaktionen zur Kenntnissnahme unterbreitet. Herr Wable habe ihm die Mittheilung nicht zu dem Zweck gemacht, die Zeitungen zu inspiriren, er sei aber doch im amtlichen Auftrage bei ihm erschienen und wenn er in dieser amtlichen Eigenschaft ihm solche Mittheilungen mache, so könne er doch mit Recht behaupten, daß Herr Wable „als Abgeandter der Oberpostdirektion“ dies gethan. Im übrigen habe er zu früherer Zeit schon einmal eine Unterredung mit dem Staatssekretär v. Poddiecki gehabt und dabei habe dieser seine Ansicht dahin kund gegeben, daß die Postverwaltung mehr wie bisher nach kaufmännischen Grundsätzen gehandhabt werden möge, und darauf habe dann in dem Gespräch mit Herrn Wable die Bemerkung über die kaufmännischen Grundsätze Platz gefunden. — Der Angeklagte behauptet, daß nach der ganzen Fassung des Lange'schen Artikels niemand auf die Vermuthung kommen konnte, daß es sich hier um persönliche Sentiments des Herrn Lange handelte. Jeder habe annehmen müssen, daß das, was Herr Lange den Zeitungen übermittelte, direkt im Auftrage der Oberpostdirektion übermittelte werde. Er sei im höchsten Maße erstaunt darüber, jezt hier zu hören, wie Herr Lange seinen Artikel erläutern will. Dieser habe seinerzeit sogar verstanden, daß er gegen den Oberpostdirektor Griesbach den Weg der Privatklage betreten habe, weil seine Notiz als böswillige Erfindung bezeichnet worden sei; von einer solchen Privatklage sei aber nichts zu erwidern. — Zeuge Lange: Er habe den Oberpostdirektor Griesbach und den Postrat Buschow vor den Schiedsmann geladen, beide seien aber nicht erschienen. Inzwischen sei er „in eigener Sache“ auf der Polizei verantwortlich vernommen worden und er habe dann, nicht im eigenen, sondern im allgemeinen öffentlichen Interesse (!) davon Abstand genommen, die Privatklage weiter zu verfolgen. — N. A. Ulrich: Da von einem Strafverfahren gegen Herrn Lange auch Abstand genommen worden ist, scheint es sich also um eine Kompensation zu handeln. — Staatsanw. Dr. Eger: Das ist doch nur eine willkürliche Folgerung des Herrn Verteidigers. — Staatssekretär v. Poddiecki sagt als Zeuge folgendes aus: Von Inognito-Revisionen“, die er in den verschiedenen Postanstalten vorgenommen, sei gar keine Rede. Vergleichende Revisionen könnten natürlich nur von Vorgesetzten vorgenommen werden, die die Innenräume der Postanstalten betreten. Er habe lediglich in unamtlicher Eigenschaft die Schalterräume verschiedener Postämter betreten, um zu sehen, wie sich der Verkehr mit dem Publikum gestalte. Er könne absolut nicht annehmen, daß derartige Inognito-Besuche irgendwie das Mißfallen der Oberpostdirektion hätten erregen können. Es sei ganz selbstverständlich, daß er bei den Besuchen der Postanstalten die Beamten nicht „ausgefrenkt“ habe. In der Postanstalt 19 in der Pruthstraße sei er zufällig nicht gewesen. — Zeuge Ober-Postdirektor Griesbach: Er sei zu der Zeit, als sich diese Dinge abspielten, auf Urlaub gewesen und könne zur Sache nichts ausfagen. — Postinspektor Wable bekennt: Er sei zu Herrn Lange gekommen, weil er den Auftrag gehabt habe, die Entschuldig der Notizen über den Besuch des Postamts 19 durch den Staatssekretär v. Poddiecki zu ermitteln. Er glaube, Herrn Lange sofort mitgetheilt zu haben, daß er nicht im amtlichen Auftrage komme, sondern ihn warnen möchte vor seinem Gewährsmann, der ihm die postfiskalen Notizen gebe. Wenn in einer derselben gesagt werde, der Staatssekretär wolle sich überzeugen, wer von den Beamten die Aussicht führe und wer arbeite, so könnte es der Verwaltung nicht gleichgültig sein, wenn solche Artikel erscheinen, denn die Post müßte den Reichämtern gegenüber in eine schiefe Stellung kommen, wenn es so dargestellt werde, als sei ein Ueberfluß an Beamten vorhanden. Im Laufe des Gesprächs habe er wohl auch erwähnt, daß die Postbeamten unbekannt keine Auskunft geben dürften, weil dies der Dienstinstruktion widerspreche, mit der Anwendung des Wortes „Unbekannt“ habe er natürlich nicht einen ironischen Seitenhieb gegen Herrn v. Poddiecki ausführen wollen. Von einer „Kompensation“ bezüglich der Strafverfolgungen sei ihm nichts bekannt. Seines Wissens habe der postfiskale Rechtsbeistand dazu gerathen, von einer Strafverfolgung Lange's Abstand zu nehmen, weil dies ohne Erfolg bleiben dürfte, da die Lange'sche Mittheilung selbst keine Beleidigung enthalte. Was Lange in seinem Artikel mittheile, seien zumeist willkürliche Schlussfolgerungen, die dieser aus Einzelheiten des Gesprächs gezogen. Er habe keineswegs Herrn Lange dazu anreizen wollen, derartige in die Presse zu lanciren; er habe lediglich die Absicht verfolgt, solche Artikel in Zukunft zu vermeiden, nicht aber durch das Sprachrohr Lange's neue Artikel in die Zeitungen zu bringen. Lange habe in der Unterhaltung auf einmal fallen lassen, daß der neue Staatssekretär den Beamten persönlich noch unbekannt sei. Darauf habe er erwidert, daß er so ganz unbekannt doch nicht sei, da seine Photographien ja in allen Buchhandlungen ausgelegt seien und es auch Postkarten mit seinem Bilde gebe. Darauf habe Herr Lange die Mittheilung gemacht, daß das Bild des neuen Chefs allen Postanstalten überwiesen worden sei. Davon sei kein Wort gesagt worden. Wenn Lange irgendwie annehme, daß beabsichtigt gewesen sei, durch ihn Sentiments gegen den neuen Chef in die Zeitung zu lanciren, so könne Herr Lange nicht die Disziplin, die in der Verwaltung herrsche. So etwas würde kein Beamter wagen. — Zeuge Lange bleibt dabei, daß Postinspektor Wable ihm gesagt: die Postämter hätten die Photographie des Staatssekretärs erhalten. Er habe mit gehobener Stimme, so daß es eine im Nebenraum sich aufhaltende Person hören konnte, darauf geantwortet: Das ist ja sehr interessant! Er habe dann unter der Hand durch gelegentliche Gespräche mit Postbeamten vollauf bestätigt gefunden, daß die Postämter die Photographie erhalten hätten. — Rechtsanwalt Ulrich: Hat denn der Zeuge Wable gesagt, daß das, was er mit dem Zeugen Lange besprochen, als diskrete Mittheilungen zu betrachten sei? — Zeuge Wable: Nein. Was er Herrn Lange in Wirklichkeit gesagt, brauchte absolut nicht diskret behandelt werden.

Postrat Wagner: Er habe dem Postinspektor Wable lediglich den Auftrag gegeben, den Uebersung der ersten Lange'schen Notiz zu erforschen. Selbstverständlich sei keinerlei Mißth vorhanden gewesen, durch Herrn Lange Mittheilungen in die Presse zu lanciren. Auch von einer „Kompensation“ durch Zurücknahme der beiderseitigen Strafanträge sei keine Rede. — Dasselbe bekennt Postrat Buschow. — Chefredakteur Dr. Friedr. Lange von der „Deutschen Ztg.“ giebt dem Zeugen Lange das Zeugniß, daß er als zuverlässiger Berichterstatter gelte. Die hier in Frage stehende Notiz des Lange habe er (Zeuge) für so wenig glaublich erachtet, daß er sich veranlaßt gesehen habe, sofort Erkundigungen an zuverlässiger Stelle einzuziehen. — Chefredakteur Bolzath von der „Volks-Zeitung“ laun sich auch keines Falles erinnern, in welchem sich die Lange'sche Korrespondenz als unzuverlässig gezeigt habe. Auf weitere Beweisaufnahme wird verzichtet. Zeuge Lange wird wegen Verdachts der Theilnahme an dem Vergehen des Angeklagten nicht verurtheilt.

Staatsanwalt Eger vertritt den Standpunkt, daß der Kritik lediglich den Zweck verfolgt habe, die Oberpostdirektion zu beleidigen. Der ganze Vorgang zeige, wie heute aus einer Mücke ein Elefant

gemacht werde. Es sei nicht geschehen, was die „Staatsbürger-Zeitung“ berechtigt hätte, einen solchen Artikel gegen die Oberpostdirektion zu richten. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdung beantrage er trotz der bisherigen Unbestraftheit des Angeklagten drei Wochen Gefängnis.

Rechtsanwalt Ulrich bestritt, daß der Artikel die Tendenz der Verleumdung gehabt habe. Hier liegen Irrungen und Wirrungen vor. Der Angeklagte habe das Recht gehabt, die Mitteilung des ihm als zuverlässig bekannten Berichterstatters Lange als wahr hinzunehmen, Lange wiederum sei berechtigt gewesen, aus der einseitigen Unterhaltung mit Herrn Wöhle zu entnehmen, daß die dabei gemachten Mitteilungen in die Presse lanciert werden sollen. Wenn ein Beamter heutzutage zu einem Berichterstatter gehe und sich mit ihm eine Stunde lang unterhalte, so könne wohl der Berichterstatter annehmen, daß der eigentliche Zweck dahin gehe, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. Im übrigen habe die Verhandlung den Verth amtllicher Dementis gegolten, denn es sei trotz des amtlichen Dementis festgestellt worden, daß der Staatssekretär v. Boddieki in der That inkognito die Postämter besucht habe. Für den unzutreffenden Teil der Lange'schen Notiz könne der Angeklagte nicht und verdiene deshalb gewiß nicht eine Freiheitsstrafe. — Der Angeklagte verwahrte sich und seine Zeitung gegen den Vorwurf der beleidigenden Tendenz. — Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung auf 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis, indem er annahm, daß der Angeklagte im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Zeugen Lange im guten Glauben sich befunden habe. Der Wahrheitsbeweis sei mißlungen. Der Oberpostdirektion wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen und auf Unbrauchbarmachung des Artikels in den vorfindlichen Exemplaren erkannt.

Kommunales.

Der Ausschuss zur Vorberathung der Anträge Cassel und Perls hielt gestern Abend wegen Maßnahmen gegen die polizeilichen Uebergriffe auf dem Gebiete der Sittenpolizei sowie der Mißhandlung auf den Polizeiwachen und unzüchtigen Sittirungen seine erste Sitzung. Es wurde in eine Generaldiskussion eingetreten, in welcher Stadtverordneter Singer dafür eintrat, daß nicht nur sogenannte unbescholene Frauen und Mädchen vor den Uebergriffen der Polizei geschützt werden, wie ein vom Stadtv. Neumann gestellter Antrag bewirkt. Der Redner verlangt weiter gänzliche Beseitigung der sittenpolizeilichen Untersuchung, Aufhebung der Kontrolle, Uebergang der Gesundheitspolizei an die Stadt, sowie Herbeiführung zivilrechtlicher Haftbarkeit der Polizeibeamten, welche sich unberechtigter Sittirungen und Mißhandlungen schuldig machen. Stadtrat Straßmann weist auf das die Angelegenheit polizeilich regende Regulativ (vgl. Verordnung) aus dem Jahre 1885 hin und sprach sich im gesundheitlichen Interesse für Beibehaltung der polizeilichen Untersuchung aus. Stadtv. Cassel tritt im Prinzip den Anschauungen Singers bei, wünscht aber, bei der nach seiner Meinung vorhandenen Ausschließlichkeit der Forderungen, daß im Rahmen der bestehenden Einrichtungen Reformen vorgenommen werden. Im gleichen Sinne äußern sich die Stadtv. Hugo Sachs und Ludwig. Singer wendet sich energisch gegen Dr. Straßmann, verlangt volle Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht. Er weist darauf hin, wie entwürdigend und demoralisierend die Einrichtung der Sittenpolizei wirkt; und meint, daß im Falle der Beibehaltung die geschlechtlich verletzenden Männer auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden müssen. Der Redner nimmt noch Bezug auf die von zahlreichen Frauen aller Stände und Parteien geforderte Aufhebung der polizeiärztlichen Untersuchung. Einmütig zurückgewiesen wurde eine Anregung auf Einrichtung öffentlicher Häuser unter städtischer Kontrolle. Nach Schluß der Generaldiskussion wurde ein von Singer gestellter Antrag auf Einsetzung einer Subkommission von fünf Mitgliedern angenommen, welche das vorhandene gesetzliche, statistische und Verwaltungsmaterial sowie eine Zusammenstellung der zur gerichtlichen Aburtheilung der auf Polizeiwachen vorgekommenen Mißhandlungen zur Grundlage für weitere Berathung und Beschlußfassung des Ausschusses beschaffen soll. Der Magistrat wird um Delegation einiger Vertreter für die Subkommission ersucht und der Ausschuss bis auf weiteres vertagt.

Lokales.

Die Zahl der Millionäre in Berlin ist nach den Angaben des statistischen Jahrbuchs der Stadt auf 2022 zu berechnen. Als Millionär wird hierbei gezählt, wer über ein Einkommen von über 96 000 M. hat. Thaler-Millionäre giebt es 477. Der reichste Berliner verfügte über ein Einkommen von beinahe 3 Millionen Mark, was etwa einem Vermögen von 75 Millionen Mark entsprechen würde. Der zweitreichste Berliner ist auf ein Einkommen von etwa 1 720 000 M. eingeschätzt. Ueber 1 Million Mark Einkommen haben 7 Berliner. Ein Einkommen von mehr als 40 000 M. haben 1852 Berliner, von 20 500 bis 40 000 M. 2623, über 9000 M. 8035, d. h. ohne die höheren Stufen. Die oberen Hunderttausend beziehen also für Berlin etwa mit einem Einkommen von 9000 M. Ueber 5200 M. Einkommen verfügen 12 559, über 1000 Thaler 17 680. Zu ganzen haben also mehr als 42 000 Berliner ein Einkommen von über 9000 M. Die Zahl derselben ist dank der aus den „Mittelschub“ vernichtend wirkenden großkapitalistischen Entwicklung stetig zurückgegangen. Sie betrug 1894 noch 48 819. Die Zahl der ein Einkommen von 900 bis 1900 M. genießenden Berliner ist dagegen um 21 107 gestiegen, offenbar aus Kosten der früherer Feuerzeiten, unter 900 M. eingeschätzten. Das jährliche Gesamteinkommen der Berliner Bevölkerung berechnet das Jahrbuch auf 1 Milliarde 206 1/2 Millionen bei den physischen und 51 1/2 Millionen bei den nicht physischen Personen. Das Durchschnittseinkommen beträgt demnach 731 M. 64 Pf. Es läme also bei einer Theilung auf die fünfköpfige Familie immerhin die stattliche Summe von 9658 M. Man sieht, daß die Bevölkerung selbst diese plumpe Maßregel sich mit Vergnügen gefallen lassen könnte. Um wie vieles beaglicher würde es sich noch bei einer sozialistischen Ordnung der Dinge leben lassen. Im ganzen betrug das Veranlagungs-Soll der Einkommensteuer über 20 Millionen M., in der ganzen Monarchie 129 1/2 Millionen. Die Berliner Bevölkerung, welche nur den 19. Theil der preussischen Bevölkerung ausmacht, bezahlt also beinahe den 8. Theil der ganzen preussischen Einkommensteuer. Gerade vom kapitalistisch staatserschaltenden Standpunkt aus ist es sehr inkonsequent gehandelt, daß man für Berlin auch nicht entfernt eine parlamentarische Vertretung zuläßt, die dem Gewicht dieser Steuerleistung entspricht.

Huerholt nennt die „Deutsche Tageszeitung“ folgendes von ihr mitgetheilte Vorkommnis: „In einer Versammlung hier hat der konservative Stadtv. Pregel von der letzten Stadtverordnetenwahl folgende Geschichte erzählt: „Es war mir auffallend, daß Beamte, die ich als konservativ kannte, für den Freisinnigen stimmten, und auf meine Erkundigung ersuhr ich, daß sie von ihrem Vorgesetzten die Ordre bekommen hatten, dem Freisinnigen ihre Stimme zu geben. „Wir bebauern sehr“, sagte einer, „Ihnen unsere Stimme nicht geben zu können. So lange ich lebe, habe ich nicht anders als konservativ gewählt. Jetzt kommt die Ordre, den Freisinnigen zu wählen.“ Ich bin darauf zu dem höchsten Vorgesetzten hingegangen und habe gefragt: Wie ist das möglich? Er sagte mir: „Ordre gegeben haben wir nicht. Aber ein Freund von mir hat gesagt, der andere sei ein ausländischer Mann, und da ist der „Wunsch“ ausgesprochen worden.“

Wir können ja keinerlei Gewähr dafür übernehmen, ob es mit dieser Geschichte seine Richtigkeit hat. Aber für den zugegebenen Fall, daß eine solche unaufrichtige Beeinflussung passiert ist, bedürfte der Entrüstungsdruß der „Deutschen Tageszeitung“ einer Erklärung. Das Blatt kann unseres Erachtens nur da rüber empört sein, daß die Freisinnigen ihre Knebelungsversuche so unzulänglich bewerkstelligten, und nicht nach dem agrarisch-konservativen Rezept kurzweg den abhängigen Wählern Lommandirten: „Ihr habt den oder den zu wählen, oder Ihr werdet gerädelt, daß Euch die Augen über-

gehen.“ Vielleicht giebt die „Deutsche Tageszeitung“ ihrem Entrüstungsdruß noch einen in diesem Sinne gehaltenen Kommentar.

Ueber Gesehensfunde wird Herr Magistrats-Rat v. Cassel am 28. Vorträge halten. Die Vorträge sollen den gewerblichen Arbeitsvertrag und die Arbeiterversicherungs-Gesetze behandeln. Der nächste Kurstag, der heute, am 19. Januar beginnt, wird allmähentlich Mittwoch, abends von 7 Uhr 30 Minuten bis 9 Uhr abgehalten. Der Vorsitzende des Gewerkegerichts, v. Schulz, hat die Verrichter auf diese Vorträge aufmerksam gemacht.

Stender wie das Vieh müssen tausende Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen hausen. Das kürzlich erschienene statistische Jahrbuch der Stadt Berlin berichtet, daß von 188 „Miethelafeten“ jede mehr als 60 „Wohnungen“ besitzt. Dies erscheint erklärlich, wenn man sich die kleinsten der kleinen Wohnungen näher betrachtet: es bestehen nämlich nicht weniger als 2605 „Wohnungen“ lediglich aus einer Küche und 2778 nur aus einem (obendrein nicht heizbaren) Zimmer. Und wieviele Personen hausen in einer solchen „kleinen Wohnung“? Bis zu acht Personen, glücklicherweise nur in vereinzelten Fällen; je sechs Personen findet man 21 mal, je fünf schon 56 mal als Mitbewohner eines einzigen Zimmers! Und in 88 Fällen theilen die Miethmieter ihre „Wohnung“ noch mit Schlafleuten! Wer sich von diesen zur Verzweiflung drängenden Zuständen eine Vorstellung machen kann, wird finden, daß die Arbeiterklasse eines oberflächlichen Gutes ganz bedeutend besser untergebracht sind, als großstädtische Proletariat. Um die Wohnungsverhältnisse des menschlichen Arbeitsmaterials steht es auf dem Lande allerdings vielfach ebenso schlimm wie in der Stadt.

Sichtlich der Anbringung von Rofetten an den Häusern für den elektrischen Betrieb der Straßenbahnen hat der Haus- und Grundbesitzer-Verein im Osten Berlins in seiner letzten Sitzung beschloffen, sich der bekannten Petition des Hausbesitzervereins „Süden“ anzuschließen und seine sämtlichen Mitglieder zu veranlassen, der Pferdebahn-Gesellschaft die Erlaubnis dazu nur dann zu erteilen, wenn sie sich zu einer Verbilligung der Abonnementpreise entschließt sowie auch endlich Vorrichtungen zur Heizung der Wagen trifft. Es wurde in dem Verein alsbaldig erklärt, dies sei ein durchaus gerechtfertigtes Verlangen, da die Pferdebahn-Gesellschaft durch die Rofetten, von denen jede inkl. Montage nur 5 M. koste, erhebliche Ersparnisse mache, indem die Aufstellung von eisernen Wäpeln für jeden einzelnen derselben einen Kostenaufwand von 300 M. erfordere.

Der Segen des Ordensfestes ist selbstverständlich auch auf eine Anzahl Berliner Patrioten herniedergetrafft. So ist Kommerzienrat Silka dekorirt worden, dergleichen ein Mitinhaber der Firma Gerlon, ferner der Chef der Firma Ravens. Auch der Oberstaatsanwalt Drescher hat einen Orden gekriegt, ebenfalls sein im Gummischlauch-Prozess weiteren Kreisen bekannt gewordener Kollege Benedix, der jetzt in Guben die Ordnung schätzt. Der Hauptheld des Gummischlauch-Prozesses, unser todtter Freund Braunerwetter, hat einen Orden beinahe schon vor zwei Jahren erhalten, just an dem Tage, wo er im Bahnsinn von der Welt Abschied nahm. Die Gummischlauch-Affäre jäherte gestern beinahe zum vierten Male.

Komisches Verlangen. Ein hiesiges Blatt schreibt: „Bei der Tafel des Ordensfestes sind zur Bedienung der 2000 Ritter auch diesmal Privatwäpner zugezogen worden. Es waren etwa hundert an Zahl, durchweg ältere Leute. Der Ehrgeiz, bei der königlichen Tafel zu bedienen, müssen sie ihre Wäpner zum Opfer bringen. Die Köchler erhalten neun Mark Lohn, Tringelber zu nehmen, ist ihnen streng untersagt.“ Was der Part mit dem Serviren von Schildekrustensuppe zu thun hat, ist nicht recht ersichtlich. Vielleicht finden selbst die Schnapsfabrikanten, Bazarinhaber und sonstige zur Tafel hinzugezogene „Ritter“ den Brauch des Wäpners etwas sonderbar.

Der Stadtverordnete Baumeister Wohlgenuth ist in der Nacht zum Dienstag plötzlich gestorben. Der Verstorbenen, der nur ein Alter von 47 Jahren erreicht hat, war Begründer und Leiter der Berliner Baugenossenschaft Woblershof. Durch seine Schöpfung „Kairo“, diesem Hauptanziehungspunkt der Berliner Gewerbe-Ausstellung, hat er sich weit über das Reichbild Berlins hinaus einen Namen gemacht.

Ausgewiesen wurde am dritten Weihnachtsfeiertage der Parteigenosse Reinhold Poffelt, der sich 15 Jahre in Preußen, und zwar acht Jahre in Berlin und sieben in Weissensee aufgehalten hat, ohne je bestraft worden zu sein. Durch politische und gewerkschaftliche Thätigkeit ist er läufig gefallen. Poffelt, der Metallarbeiter ist, war mit einer Preussin verheiratet und ist Vater von drei Kindern im Alter von drei bis acht Jahren.

Auf eine geringfügige Ursache ist eine Ausschreitung zurückzuführen, welche gestern zu einer Störung des gesammten Verkehrs in der Prenzlauerstraße Veranlassung gab. Ein Hundesänger hatte in der Nähe der Eintrachtsstraße einen kleinen Moppel gefangen, der keine vorchristliche Steuermark besaß. Er legte dem Thier eine Leine um den Hals, um es so mit sich zu nehmen. Der hinzukommende Besitzer des gefangenen Hundes verlangte, daß die Leine von dem Thiere entfernt werde, und als der Hundesänger dies verweigerte, nahm der Eigentümer kurzer Hand ein Taschenmesser und zerschnitt den Hundsband. Dies gab Veranlassung zu einem heftigen Streit nicht nur zwischen den Beteiligten, sondern auch zwischen einer größeren Anzahl von Zuschauern des Vorganges, die für und gegen den Hundesänger Partei nahmen. Aus dem Wortgefecht entstand schließlich eine Prügelei und bald wälzten sich circa 20 Personen auf dem Pflaster der Prenzlauerstraße umher, den gesammten Wagen- und Fußgängerverkehr unterbrechend. Ein hinzukommender Schuhmann, welcher es versuchte, die Kämpfenden auseinander zu treiben, wurde von der Menge arg bedrängt, und erst nach dem Eintreffen einer größeren Abtheilung von Polizeibeamten gelang es, dem Ergeß ein Ende zu machen. 10 Personen wurden nach der Polizeiwache sührt.

Schon wieder ist durch einen nichtswürdigen Suben ein ausländisches Mädchen auf das schwerste beleidigt worden, leider ohne daß es gelang, den anonymen Denunzianten für seine lächerliche Behauptung zur Verantwortung zu ziehen. Bei der hiesigen Sittenpolizei lief dieser Tage ein anonymes Brief ein, in dem der Schreiber schwere Beschuldigungen gegen ein Fräulein S., die einer in einem größeren Konzert-Etablissement austretenden Damenkapelle angehört, erhob. Die Polizei stellte zunächst Erhebungen bei dem Inhaber des Konzert-Etablissements an; dieser erklärte jedoch die ausgesprochenen Behauptungen für ungläublich, da die Mitglieder der betreffenden Kapelle durchaus achtbare und anständige Personen sind, die, sämtlich aus einer kleinen Stadt Oesterreichs stammend und einander eng befreundet, eine gemeinschaftliche Wohnung haben. Die in dem anonymen Schreiben angegebene Adresse des Fräulein S. stimmte ebenso wenig, trotzdem hielt es die Behörde für angebracht, eine nähere Untersuchung einzuleiten, die, wenn auch nicht so weitgehend wie in dem Fall Köppen, für die Beteiligten doch außerordentlich unangenehm war. Die Untersuchung ergab jedoch, daß die Anzeige völlig auf Erfindung beruht. Seitens der Polizei wird nun nach dem bühnischen Brieffschreiber geforscht.

Ueber das Schicksal der Vormiethläse wurde am Montag in der Versammlung des Grundbesitzervereins „Nord-West“ mitgeteilt, daß nach Angabe der Vorsitzenden Erben von dem Wiederaufbau der Wäpels Abstand genommen wird. Das gesammte Mauerwerk soll demnach durch Pioniere gesprengt werden.

Unfälle auf der Stadtbahn. Gestern Vormittag wurde der Schmieb Konrad Klein auf der Strecke der Stadtbahn in der Nähe der Station Thiergarten von einem Zuge der Ostbahn bei der Arbeit überfahren und sofort getödtet.

Auf der Straße vom Schlage gerührt und bald darauf gestorben ist der Inhaber der „Königsbank“ in der Großen Frankfurterstr. 117, Herr Julius Haase aus der Perlebergerstr. 31. Herr Haase, der auch Lehrer an der Fachschule der Galt- und Weidwäpner war, hatte vor 1/4 Jahren die „Königsbank“ angekauft und bewacht sich jetzt im den „Prälaten“, dessen Witth den „Spaten“ in der Friedrichstraße übernimmt. Auf dem Heimwege von einem Ge-

schäftsfrunde wurde Haase, ein Mann von 40 Jahren, am Oranienburger Thor vom Schlage getroffen und starb nach kurzer Zeit in einem Krankenhause.

Ein größerer Lederdiebstahl wurde am Montag Abend zwischen 6 und 7 Uhr im Ledergeschäft von E. Petersen, Rosenstraße 18, mit außerordentlicher Kasfirtheit ausgeführt. Die Diebe hatten das Telephon benützt, um den Geschäftsinhaber dadurch zu täuschen, daß sie im Namen einer bekannten Firma, die vorher mit der Firma Petersen eine größere Lieferung verabredet hatte, ausgaben, 10 Bund Leder abholen zu sollen. Die Leder wurden ihnen prompt verabfolgt. Anderen Tags stellte sich heraus, daß Diebe, die mit den Verhältnissen vertraut waren, die Gelegenheit benützt hatten, einen guten Fang zu machen. Der Schaden beträgt über 2000 Mark.

Eine Diebesbande mit ihrem Haupt, die fortgesetzt Diebstähle auf dem Grundstück Kaufstraße 40 ausgeführt hat, ist der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Bis jetzt sind sieben Personen, darunter zwei Weiber, festgenommen. Der Schaden an gestohlenem Gut beläuft sich auf mehrere tausend Mark.

Feuerbericht. Montag Abend 7 Uhr entstand in der M o a b i l 48 durch Umfallen einer Petroleumlampe ein Zimmerbrand, der verschiedene Möbel ergriff, von der Feuerweh aber leicht beseitigt wurde. Dasselbe war der Fall bei einem Zimmerbrande in der Waldemarstraße 78. Dienstag früh 8 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Kirchbachstraße 9, wo ein Theil des Dachstuhl in Flammen stand. Dabei ging viel Hausgeräth ormer Mielher, Wäsche, Kisten und Geräpfe verloren. Die meisten Gegenstände waren nicht versichert. Die Dachkonstruktion wurde vernichtet, bevor es der Feuerweh gelang, mittels mehrerer Schläuche das Feuer abzudrücken. Kurz nach 4 Uhr nachmittags hatte Kurfürstenustraße 27 der Fußboden Feuer gefangen, das erst bemerkt wurde, als bereits die Balkenlage in größerem Umfang davon ergriffen war. Es gelang zwar der Weh, die Gefahr bald zu beseitigen, doch hat das Haus erheblichen Schaden davongetragen.

Die Einführung der lebenden Bilder zum Bolkfeste in der Passage-Panoykum, welche verbunden mit dem Verkauf der lustigen Wienerinnen eine so starke Anziehungskraft auf das Publikum ausüben, wird bis Schluß dieses Monats verlängert werden.

„Kultur-Schaubühne“ (Direktion Dr. Köppen und Dr. Stöbber, Potsdamerstr. 120). Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet zum ersten Male die Vorstellung „Im Lande der Ratten“ statt. Herr Konrad Albert wird die Kunst und Kultur Spartens in Wort und Bild schildern. Gegen hundert künstlerisch ausgeführte Projektionsbilder werden mittels des Schoppitons auf der Schaubühne gezeigt.

Theater. Im Schiller-Theater wird heute der Verkauf der Abonnementkarte für den 2. Schiller-Gedächtnis geschlossen. In der heutigen Vorstellung kommt das Schauspiel „Der König“ von Schiller zur Wiederholung. Robert Franz, dem großen Ueber-Komponisten, ist der nächste Rathhaus-Abend des Schiller-Theaters gewidmet. Der „Robert Franz-Abend“ findet Sonntag, den 23. d. M., statt.

Aus den Nachbarorten.

Parteigenossen von Mariendorf! Zu den in diesem Frühjahr stattfindenden Gemeindevorwahlen liegen die Wählerlisten vom 15. bis 30. Januar im hiesigen Amtsbureau aus. Jeder Parteigenosse und Arbeiter hat die Pflicht, sich zu vergewissern, ob er in der Liste eingetragen ist. Für diejenigen, welche verbündet sind, dies zu thun, haben sich folgende Genossen zur Einschreibung bereit erklärt: J. Z h a h e i m, Alderstr. 9; J. L e h m a n n, Bergstr. 30; S u f e t h, Schaefferstr. 19; W. O t t o, Bergstraße. Wählerberechtigt ist jeder 24 Jahre alte Deutsche, der ein Jahr im Orte wohnt und zur Staatseinkommensteuer veranlagt oder zu den Gemeinde-Abgaben von mehr als 600 M. Einkommen herangezogen ist, wenigstens 4 M. Steuern zahlt. Der Vertrauensmann.

Stralau-Nummelsburg. Die Mitglieder des hiesigen Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins werden auf die heute (Mittwoch), abends 8 1/2 Uhr, in Piattowsky'schen Lokale, Hauptstr. 83, stattfindende General-Versammlung mit dem interessanten Vortrag des Gen. Faber über „Klassen und die Theilung der Welt“ besonders aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Charlottenburg. Bei den am 17. d. M. vollzogenen Neuwahlen der Wähler für das Gewerbegericht Charlottenburg sind gewählt von den Arbeitnehmern: 1. Bezirk: Parquetbodenleger Vogel, Metallarbeiter Spörer. 2. Bezirk: Zimmerer Fleischer, Anstreicher Diede. 3. Bezirk: Metallarbeiter Menge, Bauarbeiter Strauß. 4. Bezirk: Zimmerer Seeger, Pöcher Groß. 5. Bezirk: Tischler Eiedite, Banarbeiter Gräber. 6. Bezirk: Drechsler Benschel. 7. Bezirk: Maurer Bernsee. Von den Arbeitgebern: 1. Bezirk: Fuhrherr Langner, Friseur Kocholl. 2. Bezirk: Hof-Maschinenmeister Pahl, Schlossermeister Starke. 3. Bezirk: Wäschschalksbefiger Zander, Schneidermeister Schulz. 4. Bezirk: Zimmermeister Uebe, Maurermeister Lindemann. 5. Bezirk: Hof-Schmelzmeister Hügel, Malermeister Duwe. 6. Bezirk: Restaurateur Bachmann. 7. Bezirk: Tapezierer Schöl. Die Gewählten treten ihr Amt am 1. April an.

Brig. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. Januar bis 1. Februar die W ä h l e r l i s t e n zur Gemeindevorwahl im hiesigen Amtsbureau ausliegen. Da im März ds. J. die Erziehung in der dritten Wählerklasse stattfindet, ist es Pflicht jedes Parteigenossen, die Listen nachzusehen; auch ist unter Gemeindevorwählern, Rati Dorn, Bürgerstraße 4, bereit, für diejenigen, welche keine Zeit haben, diese Nachhaltung zu übernehmen. Es ist zweckmäßig, die letzte Steuerquittung mitzubringen, damit die etwa erforderliche Nachtragung sogleich geschehen kann. Wählerberechtigt ist jeder Deutsche, der 24 Jahre alt ist, ein Jahr im Gemeindebezirk wohnt und zur Staatseinkommensteuer oder zu den Gemeinde-Abgaben von mehr als 600 M. Einkommen herangezogen ist, also wenigstens 4 M. Steuern zahlt. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Die Parteigenossen und Genossen werden nachmals auf die heute Abend 8 Uhr im Lokale Wilmersdorferstr. 89, tagende Volksversammlung hingewiesen, in welcher Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine über die rechtliche und schulpflichtige Stellung der Frau im heutigen Polizeistat sprechen wird. In unserer gestrigen Nummer war das Thema falsch angegeben. Wir erwarten ganz besonders von den Frauen zahlreich Besuch. Gleichzeitig findet die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson statt. Die Winderuferin: Anna Vogel, Christstr. 1.

Aus Johannisthal-Nieder-Schönebeck wurde uns geschrieben: Ein eigenartiger Fall von Betätigung der christlichen Nächstenliebe durch einen Vertreter und eifrigen Verteidiger des höchsten christlichen Staates wurde in der letzten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins zur Sprache gebracht. Der am 2. Januar verstorbene Vorsitzende des Vereins, unser Parteigenosse Baumann wohnte seit zwei Jahren im Hause des Gemeindevorwählers Schulz in Johannisthal als Miether. Das Verhältniß zwischen Miether und Vermiether beruhte auf dem Boden gegenseitiger Achtung, die durch die politische Gegenständlichkeit in keiner Weise getrübt wurde. Der Witwe des Verstorbenen war nun viel daran gelegen, daß sie alsbald von dem bis zum 1. April laufenden Kontrakt entbunden werde, und da verschiedene sozialdemokratische Einwohner des Ortes, die gleich ihr wußten, daß der Hauswirth ein frommer Christ und eifriger Kirchgänger war, den Glauben hegten, daß er Mitgefühl mit der Lage der Witwe empfinden würde, so riefen sie ihr, bei Herrn Schulz wegen der Angelegenheit vorsichtig zu werden. Herr Schulz zeigte auch Entgegenkommen, aber welches! Die Frau hat bis zum 1. April noch 60 M. Miete zu zahlen; von dieser Summe wollte der Wirth ihr daare 20 M. erlassen, wenn sie sich verpflichte, die Wohnung innerhalb 14 Tagen zu räumen. Demnach hätte die Frau für drei Wochen 40 M. zu zahlen. Aber noch mehr. Um sich zu sichern, erschien Herr Schulz bei der gebeugten Witwe, die sich keineswegs gewiegert hatte, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, in der Wohnung und zwar in Gemeinschaft seines als Zeugen mitgedachten Bureauhilfen. Dann wurden von ihm die wertvollsten Möbelstücke mit Beschlag belegt. Frau Baumann protestirte natür-

Veranstaltungen.

Arbeiter-Erziehungsvereine, Julehr. 10. v. 2 Tr. Unterrichtsstunde: In Verbindung mit dem Ratzen der Red. Vernehmung...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Mittwoch, den 19. Januar. Opernhaus. Martha. Spätkosten im Bremer Rathstheater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Berühmte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Eid. Anfang 7 1/2 Uhr.

Goethe. Des Meeres und der Liebe Wellen. Anfang 7 1/2 Uhr. Raskin. 3 Uhr: Minna von Barnhelm.

Neues. Familie. Vorher: Der Herr Rindbat. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden. Der Beichtstuhrent. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Der König. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Das Opernprogramm. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Berliner Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.

Belle Alliance. Im Dienst. Anfang 8 Uhr. Chaud. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädter. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Die Befähigerin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum. Das Volkslied. In 12 lebenden Bildern mit Gesang und Tanz der lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum. Neu! Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 219. Dir. J. Glück. Carmen-Faur. Siegwart Gentes. Miss Bertholdi. Desroches-Bianca.

Yvette Guilbert. Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr. Montag, den 24. Januar, Gastspiel: Yvette Guilbert.

Volks-Theater im Welt-Restaurant. 97. Dresdener-Str. 97. Auf allgemeines Verlangen neu einstudiert: Die Fiesche in Italien.

Die Fiesche in Italien. Rom. Singspiel in 2 Akten von F. G. W. Wajst von Richard Thiele. Neue Spezial-Nummern.

Tyroler Sänger Alois Ebner. Anfang: Sonntag 6 Uhr. Montag: Wochentags 7 1/2 Uhr.

Konzert-Sanssouci. Kottbuser Str. Nr. 1a. Dir. G. Vierr. Kritischer Leiter Jos. Wisinger. Großer Beifall!

Im Reiche der Sirenen. Ausstattungsglad mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Götner u. Jean Gähler.

Neue Spezialitäten. Sonntags Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Großer Ball. Entree 50 Pf.

Alcazar-Theater. Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). Kottbuserstr. 42/43. Direction: Richard Winkler.

Familie Kochsalz. der neueste Schlager des I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theaters.

W. Noack's Theater. Brunnen-Strasse 10. Heute Mittwoch, 19. Januar 1898. Doctor Wespe.

Circus Busch. (Bahnhof Börse). Mittwoch, den 19. Januar 1898, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

Elite-Abend. Vollständig neues Programm. Künstlerinnen sämtlicher neu engagierter Künstlerinnen und Künstler.

Reichshallen-Theater. Leipzigerstr. 77. blott gegenwärtig unstrittig das beste Spezialitäten-Programm in Berlin.

Beweis. Brausender Jubel! Stürmisch, Dacapos! Volle Häuser! Alle fünf Derringtons auf einem Rade.

Im Reichshallen-Tunnel täglich: Militär-Concert in Uniform. Anfang 8 Uhr.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Geschichte (Gelas und Rom) Freitag, 21. A. Dethold. Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Codes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau Bertha am Montag früh 5 1/2 Uhr nach kurzen aber schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Dankfagung. Allen Freunden u. Kollegen meines lieben Mannes, insbesondere der Firma Lubin, Böse u. Co., der Firma Schmidt u. Hölke, sage für die herzlichste Theilnahme bei der Beerdigung meinen innigsten Dank.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse zu Berlin. Sonnabend, den 29. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Dieke, Katerstraße 123.

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Halbjähriger Rapportbericht. 2. Bericht über den Eintritt in nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches gestattet.

Maehr's Theater. Oranien-Strasse 24. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Olympia-Riesen-Theater. (Circus Konz.) Karlstrasse, Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.

Genossen, welche gewillt sind, einem älteren Gesangverein beizutreten, können sich melden 6. Hilgenfeld, Bergstr. 60. Uebungsd. jeden Donnerstag.

Cösliner Hof. Cöslinerstr. 8 (Bedding). Saal mit Bühne für 1000 Personen. Im Februar sind noch Sonntage an Vereine zu vergeben.

Mund's Saal. Inh.: Ernst Gründer. Söpnitzstr. 100. Fernsprecher Amt VII 39. Täglich: GROSSER BALL.

Maskengarderobe von Otto Runge. Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075 empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage.

Gesang-Verein (A.S.B.) sucht erste Sopranen. Uebungstunde: Donnerstags von 9-11 U. Krüger, Seydelstr. 30.

Berolina-Zephyr. Fahräder vorzüglicher Qualität. Steant, solid, preiswerth. Unterhalt gratis. Eigene Reparatur-Werkstatt.

Wohnungen. Schleichstr. 39. Möbl. Zimmer f. 2 Pers., 16 Pf., Raupstr. 13 v. IV 5. Scholz.

Arbeitsmarkt. Einen Korbmacher auf grüne Arbeit verlangt. Karl Voigt, Rudow.

Achtung! Genossinnen Achtung! und Genossen Charlottenburgs. Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal „Bismarckshöhe“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Achtung, Berlmutt-Arbeiter! Die Versammlung findet nicht Donnerstag, sondern heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, bei Schöning, Köpckestr. 93, statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Samstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Zabel, Lindenstr. 106: Sitzung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth. Berlin und Umgegend. Freitag, den 21. Januar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Wernicke, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39:

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Am Mittwoch, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Zimmermann, Badstraße Nr. 58:

Bezirks-Versammlung für Gesundbrunnen, Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen M. Rohrlack über: „Arbeitslohn und Kapital-Finanzwesen“.

Bezirks-Versammlung für den Westen und Schöneberg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Paul Litlin. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung.

Achtung, Maurer Charlottenburgs! Donnerstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr: Gr. öffentl. Maurer-Versammlung im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.

Krankenkasse der Hutwachergefallen zu Berlin. (Eing. Hilfskasse Nr. 67.) Sonntag, den 23. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstraße 11:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Rapportbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl der Revisoren und der Krankenkassendirektoren.

Berolina-Zephyr. Fahräder vorzüglicher Qualität. Steant, solid, preiswerth. Unterhalt gratis. Eigene Reparatur-Werkstatt.

Wohnungen. Schleichstr. 39. Möbl. Zimmer f. 2 Pers., 16 Pf., Raupstr. 13 v. IV 5. Scholz.

Arbeitsmarkt. Einen Korbmacher auf grüne Arbeit verlangt. Karl Voigt, Rudow.

Proben
und Preislisten
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung
Berlin W.,
Leipzigerstr. 132/133.

Porzellan

Kaffeetassen mit Goldrand	12 Pf.	Satztöpfe, bemalt 3 Stück	42 Pf.
" " weiss	7 u. 9 Pf.	" " bemalt 6 Stück	1,80 u. 3,85 M.
" " bemalt	18 u. 30 Pf.	Löffelkörbchen, bemalt	30 Pf.
Kaffeeteller für Kinder, bemalt	8 Pf.	Schalen, bemalt	5 Pf.
Dessertteller, bemalt	13 u. 20 Pf.	Leuchter, bemalt	35 Pf.
Butterdosen, bemalt	42 Pf.	Kuchenteller, mit Henkel, bemalt	45 Pf.
Speiseteller, weiss, gross	18 Pf.	Kaffeervices, bemalt 8 Teller 9 Teller	1,50 M.
Dessertteller, weiss	13 Pf.	" " bemalt f. 6 Pers.	2,30 3,50 M.
Kompottteller, weiss	9 Pf.	Schokoladenservices, 7 Teile für 6 Pers.	2,50 M.

Französ. Kaffeetassen mit Blumenranken	45, 75 Pf., 1,50 M.
" Moccataassen	65 Pf. u. 1,15 M.
" Theetassen	55, 90 Pf., 1,80 M.
" Kaffeervices für 12 Pers.	11 u. 18 M.
" Tafelservices für 12 Pers.	70, 140 u. 160 M.
Feine Porzellan-Tafelservices für 12 Pers.	95 M.

Steingut

Eierständer	25 Pf.	Brotteller, oval, bemalt	45 Pf.
Eimer, weiss	1,25 M.	Speiseformen, Melonen, Zwischmuster	48 Pf.
Teller mit Delft-Muster	8 Pf.	Bratenschüsseln, oval, blau, Zwischmuster	42
Kaffeetassen mit Delft-Muster	15 Pf.	Milchtöpfe, englische Majolika	30 Pf.
Schwed. Menagen mit Holzgest.	3,25	" " buntfarbig	22 Pf.
Waschservices, 4 Teile für Ständer	1,15 M.		
" " bemalt, 5 Teile	3,85 u. 9 M.		
" " engl. Fabrikat, 5 Teile, einfarb.	5,50, bunt 7,50 M.		
Fischservices, bemalt, 15 Teile für 12 Pers.	9 M.		
Tafelservices, engl. Fabrikat, 78 Teile für 12 Pers.	38 M.		

Glas

Wassergläser mit Bandmuster	10 Pf.	Weingläser, Röm., mit 2,60 M.	
Likörschalen, geschliffen	12 Pf.	Kompottschalen	6 u. 15 Pf.
Likörbecher, mit Goldrand	7 Pf.	" " geschliffen	65 u. 85 Pf.
Biertulpen, m. Blumenrank.	50 Pf.	Zuckerschalen	6 Pf.
Likörgläser, " Krystall	30 Pf.	Fruchtschalen mit Fuss	95 Pf.
Bierbecher, " "	38 Pf.	Teller, Olivenmuster	4 Pf.
Weingläser, geschliffen	18 Pf.	Käseglocken	35 Pf., * 1,25 M.

Emaile

Wannen, Länge ca. 40 45 50 55 60 cm, oval, marmor.	1,25 1,50 1,85 2,35 2,65 M.
Kehrschaufeln, marmor, Länge ca. 24 26 28 cm	38, 48, 55, Pf.
Konsole mit Mass, marmor.	38 Pf.
Wassermasse, ca. 1 Ltr. Inhalt	15 Pf.
Theekessel, Durchm. ca. 23 24 cm	1 1,20 M.
Vorratstonnen, mit Aufschrift, marmor.	48 Pf.
Schöpflöffel, weiss, verschied. Grössen	15 Pf.
Schüsseln, weiss, Durchm. ca. 34 cm	35 Pf.
Vernickelte Menagen, 5teilig	2,50 M.
" " Kabarets, 4teilig	2,60 M.
Gläser-Untersätze, vernickelt, mit Einlage	Durchm. ca. 7 9 cm, 28, 32, Pf.
Vernickelte Tablettes, rund, mit Majolika-Einlage	Durchm. ca. 32 cm, 2,50
" " mit gravierten Mustern	48, 60, 85 Pf.
Küchenbretter, Länge ohne Griff ca. 28 29 31 33 35 37 cm	18, 17, 20, 23, 30, 35 Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Versandhaus
von
Kaffee- und
Kaffeearrogaten.

Deutsche Kaffee-Rösterei von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.

Der Preisliste des Kaffeemarktes entsprechend empfehle naturrein geröstete, gut schmeckende Kaffees pr. Pfd. 70, 80, 90 u. 100 Pfg.

Welche seit Jahren Deutsche Kaffee-Mischung a Pfd. 40 Pfg. gibt von 1 Lot 2 Liter vorzügliches Kaffeegetränk.

Versandhaus
von
Kaffee- und
Kaffeearrogaten.

Die Möbel-Fabrik
Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenhauerstr. 13)
Liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 100 M. an. Constante Zahlungsbedingungen, Lager gebrauchter und vertriehen neuerer Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt. 34679* Transport durch eigene Gespanne, auch nach ausserhalb.

Betten Stand 10.-, 15.-, 20.-, 25.- bis 30.-, Federn 0,60
1.-, 1,50 bis 8.-. Bettwäsche, Stepp-
decken spottb. Weitenhaus Reanderstr. 8.
Zahlung monatl. 10 M. und
gegen Baar liefert
saubere Herren-Garderobe
Temporwisch, Südenstr. 37, L.

Eine Zuckerin-Tablette zu 2 Pfennig

ist so süß, dass der Süßwerth von
1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig
kostet. 1 Liter Kaffee zu versüssen kostet
nur 1 Pfennig. (10/13*)

Es werden auch minderwerthige Tabletten angeboten; man verlange ausdrücklich „Zuckerin“. Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten geriefen Form zu erkennen ist. — Erhältlich in Colonialwaaren-Handlungen.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches.
Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch 40 Pf. (4041L*)
Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Prüfet Alles und behaltet das Beste!

Trotz aller Anpreisungen anderer Produkte bleibt das echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
doch immer das bevorzugteste Wasch- und Bleichmittel.
Für Herstellung des echten Dr. Thompson's
Seifenpulvers wird nur allerbestes, garantiert unerschöpf-
liches Material verarbeitet. — Große Ersparnis an Mühe,
Zeit und Geld.
Nur echt mit Schwanmarke „Schwan“.

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und
Colonialwaarenhandlungen. 7/5

Künstl. Zähne 1,50 M.

Ich nehme die gegen Herrn Karl
Gunders und Fr. Lima Behrend
ausgesprochenen Beleidigungen hier-
mit zurück und erkläre sie als an-
hängige Verse.

Karl Gunders, Posenstr. 12.
Anzüge, Hemden,
Winterpaletots, Uhren, spottbillig
Reanderstr. 6, Pfandleihe.

Blonden 1 M. Rabuzischen frei. Zahn-
ärztliche Klinik, Rantaustr. 43, L. Gde
Cronenstr. 4. Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Vereinszimmer mit Piano, bis
50 Personen fassend, zu vergeben.
27515* R. Adler, Prinzenstr. 63.
Elegante feine Tafelbutter,
à Pfd. 1,10 M., alle Sorten Käse
zu den billigsten Preisen. 37200*
W. Adrian,
Zwillingstr. 35, Gde. Chauffeurstr.
Eisenstr. 60, Gde. Kottb. Str.

Bäuer v. 2 Mark ebenf. Theil-
zahlung. *
Olga Jacobson, Zwillingsstr. 145.

Dr. Lehmich,

Spezialarzt f. Haut u. Haarid.,
Belegschwüre und Lupus.
An der Stadtbahn 24,
(am Bahnhof Alexanderplatz.)
Sprechst. 9-12 und 3-6.
Freitag feine. 40810*

Poliklinik: Montag, 9-10 1/2
Donnerstag, 9-10 1/2

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Große Auswahl in in- und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Reinfleider etc. werden
unter Garantie des guten Sitzes
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Zuschneid-
bet A. Karle, Waldemarstr. 66.

Wegen Todesfall 1 Wittwen-
stipendium für 3 Jahre, 10000
Lebende Einpater verlangt Wer-
meister, Brunnstr. 194. (38096)

Arbeitsmarkt.

Dirigenten sucht Freitag's Männer-
gefangenen. Meldungen Donner-
stags 73, Dg. III, Sternstr. 28000
Lebende Einpater verlangt Wer-
meister, Brunnstr. 194. (38096)

Goldstein. 1 tücht. Grundriss ver-
langt Schneider, Mariannenstr. 31.

Geduld, rede u. febergew. ig. Schrift-
setzer, d. a. Gesundheitsrückicht Beruf
aufgeh. muß, sucht Stellung in
Partei-Redaktion oder Buch-
handlung. West. Poststr. Nr. 1
Erped. d. „Vorwärts“.

Tüchtige Verzierer für Gold-
F. Banke, Goldbleichen-Fabrik,
Brandenburg a. H. 27045*

Wir suchen einen tüchtigen

Buchstaben-Schleifer

für guten Lohn und dauernde Be-
schäftigung. 4167L*

Gebrüder Rudolph.

„Tricot.“

30 tüchtige Arbeiter u. Arbeiterinnen,
mit englischen Handmaschinen ver-
traut, finden dauernde u. lohnende
Beschäftigung. Lohn 17-20 Pfg. per
Meter, bei 11/2

Albert Müller Nachfolg., Sommerfeld N. 2.

Barion- Arbeiterinnen, geübte,
verl. Wolff, Neue Friedenstr. 48. *

Buchhandlungs-Reisende
für ganz neue, populäre Werke ge-
sucht, die massenhaft Absatz finden.
Sehr hohe Provision, daher
hoher Verdienst!
Angebote erdienen unter G. I an die
Erpedition d. Btg. 26708